Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926 | Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. | Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 285. | **Freitag, den 7. Dezember 1900.** | 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Entartung der „besseren“ Gesellschaft.

Die wahrhaft unheimliche Macht des Mammons ist in den letzten Tagen in zwei Prozessen in der Reichshauptstadt, von denen der eine bereits zu Ende gegangen ist, der andere noch immer verhandelt wird, mit erschreckender Deutlichkeit zu Tage getreten: in dem Prozeß Sternberg und in dem der sogenannten Harmlosen.

Die beiden Prozesse zeigen die Macht des Geldes in ganz verschiedener Richtung. Sternberg ist ein reicher Wüstling, der sich wegen sittlicher Vergehungen, die er an Kindern begangen haben soll, zu verantworten hat. Es liegt uns fern, ihn derjenigen Verbrechen, wegen der er unter Anklage steht, ohne Weiteres schuldig zu sprechen; in diesem Prozesse wird so unendlich viel gelogen, die Zeugen, welche ihn belasten, sind von so geringer sittlicher Qualität, daß es für die Richter außerordentlich schwer sein wird, die Wahrheit herauszufinden. Geradezu unmöglich ist dies für den Außenstehenden, welcher den Verhandlungen nicht persönlich beiwohnt und nur auf die nothgedrungen unvollständigen Berichte der Presse angewiesen ist. So viel steht aber bereits ganz sicher fest, daß Sternberg, ganz abgesehen von den ihm zur Last gelegten Strafthaten, ein in sittlicher Beziehung sehr zweifelhaftes Leben geführt, das er mit Hilfe seines Geldes sehr wohl zu bemänteln verstanden hat.

Das ist aber keineswegs das Schlimme und Charakteristische in diesem Prozeß; denn daß gerade in dieser Hinsicht das Geld reicher Leute oft benutzt wird, ist eine zu bekannte Thatsache, als daß es durch eine Gerichtsverhandlung erhärtet zu werden brauchte. Was aber bisher nicht bekannt, jedenfalls nicht in dieser Weise in die Erscheinung getreten war, ist die hervorragende Rolle, welche das Geld des Angeklagten bei der Untersuchung des Falles gespielt hat. Wir wollen es dabei ganz dahin gestellt sein lassen, in wieweit Sternberg in bewußter Weise das Machtmittel seines Geldes benutzt hat, um Beamte und Zeugen zu beeinflussen; Thatsache ist, daß mehrfach Beamte und Privatleute der Meinung waren, sie thäten in ihrem eigensten Interesse gut, wenn sie Sternberg gegenüber ihre Pflicht als Beamte und die Pflicht strengster Wahrhaftigkeit nicht genau erfüllten.

Die schlimmsten Zeichen der Korruption sind jedenfalls bei der Berliner Kriminalpolizei zu Tage getreten, deren Direktor v. Meerscheidt-Hüllessem in freundschaftlicher Weise mit dem geschäftlich sehr anrüchigen reichen Manne verkehrte, und deren Kommissare und Schutzleute theilweis glaubten, eine Verdunkelung des Thatbestandes werde von ihrem Vorgesetzten gewünscht.

Wesentlich anders ist der zweite Prozeß; er wirft kein Schlaglicht auf die Beamtenschaft, sondern erhellt das Leben in den Kreisen der sog. höheren Jugend, der jungen Offiziere, Assessoren, Referendare 2c. Daß die Angeklagten nur als Vertreter ihrer gesammten Klasse, und nicht etwa als besonders schlechte Personen erscheinen, geht unter Anderm aus den Ausführungen des Staatsanwalts hervor. Derselbe bemerkte, es könne sonderbar erscheinen, daß die Zeugen, meist Offiziere und Reserve-Offiziere, die in ihrer Berufsthätigkeit jedenfalls für gewöhnlich sich einer lauten kräftigen Sprache bedienen, ihre Aussagen an Gerichtsstelle mit großen Zögern, fast stockend und sehr leise vorgebracht hätten. Aber das erkläre sich daraus, daß diese Herren sich eigentlich mitschuldig fühlten. Damit traf der Staatsanwalt den Nagel auf den Kopf. Die Herren sahen ihre Freunde und Klubbrüder auf der Anklagebank und waren sich wohl bewußt, daß die Angeklagten nicht viel Schlimmeres gethan, als sie selbst, die so oft mit ihnen beim schäumenden Champagner dem Spiele gefröhnt haben. Die Berufsthätigkeit in diesen Kreisen muß eine sehr geringe sein, wenn sie den Herren gestattet, eine so große Zeit dem ödesten Glücksspiel zu opfern.

So korrumpirt der Reichthum einen großen Theil seiner Besitzer, lenkt sie von allen ernsteren Aufgaben des Lebens ab und treibt sie zu den geistig abstumpfendsten Beschäftigungen. So ist es erklärlich, daß in diesen Kreisen auch Leute auftreten, die das Spiel geradezu zum Gewerbe machen, das die einzige Erwerbsquelle für sie bildet. Nicht sie als Personen sind die wahrhaft Schuldigen, sondern die Zustände, welche solche Erscheinungen zeitigen. Die Arbeiterschaft wird sich nicht einreden lassen, daß sie der Führung dieser Elite der Nation bedarf; vielmehr zeigen solche Vorgänge deutlich, daß diese sogenannte Elite einer niedergehenden Klasse angehört, daß es die Drohnen sind im Bienenstock der Arbeit.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 5. Dezember 1900.

Aus dem Reichstage. Der Toleranz-Antrag des Zentrums, der heute verhandelt wurde, brachte einige Ueberraschungen. Schon der Umstand, das Zentrum, diese Vertretung der allein seligmachenden Kirche, in deren Augen jeder andere Glaube Häresie und Ketzerei ist, für die Freiheit der Religion eintreten zu sehen, ist an sich eine Ueberraschung, die, wie Genosse v. Vollmar sagte, einen eigenen Reiz für den politischen Feinschmecker bildet.

Eine zweite Ueberraschung war das Auftreten des Reichskanzlers. Man hat sich allmählich daran gewöhnt, daß der Bundesrath bei Initiativ-Anträgen aus dem Hause sich in Schweigen hüllt, und heute trat der Reichskanzler auf, noch bevor der Antrag vom Antragsteller begründet war, um über seine persönliche und über die Stellung des Bundesraths zu demselben Aufklärung zu geben. Das war im Reichstage so neu, daß der Abgeordnete Richter unter stürmischer Heiterkeit sagte, man habe geglaubt, der Kanzler wolle eine Erklärung darüber abgeben, warum der Präsident Krüger in Berlin nicht empfangen worden sei.

Zu dem Antrag selbst erklärten die einzelnen Redner, mit Ausnahme der Konservativen, der Einwand des Kanzlers, das Reich sei über die Einzelstaaten nicht kompetent, treffe keineswegs zu; im Uebrigen verlangten die Redner der Linken, Vollmar, Bassermann, Richter und Rickert, die Ausdehnung der Religionsfreiheit, welche der Antrag nur für die anerkannten Religionsgemeinschaften will, auch auf die nicht anerkannten Kulte und Sekten. Namentlich unser Genosse von Vollmar wies in seiner geistsprühenden, witzdurchtränkten Rede darauf hin, wie an diesem Punkte die Intoleranz des Zentrums sehr deutlich zum Vorschein komme. Im Weiteren vertrat er nachdrücklich den bekannten Standpunkt unserer Partei, daß Religion die ureigenste Privatsache jedes einzelnen sei, weshalb eine völlige Trennung des Staates von allen kirchlichen Angelegenheiten geboten sei. Da das Zentrum, durch den Drang der Umstände getrieben, — die Katholiken bilden eben eine Minorität — hier ausnahmsweise für ein gewisses Maaß von Freiheiten eintritt, so findet es uns an seiner Seite; wenn man deshalb von einer schwarz-rothen Internationale sprechen wird, nun, uns wird das nicht kümmern, und dem Zentrum bei Hofe wohl auch nicht schaden.

Die Redner des Zentrums, Pichler und Dr. Lieber, wiesen auf Unzuträglichkeiten in Sachsen, Braunschweig und Mecklenburg hin, wo die Freiheit der Religionsausübung ganz besonderen Beschränkungen unterliegt. Einige Bevollmächtigte zum Bundesrath suchten die Thatsachen wohl auf Anweisung des Kanzlers, in besserem Lichte darzustellen.

Der Antrag wurde an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Morgen geht die Kohlendebatte weiter.

---

13. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf v. Bülow, Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Tolerauzantrags Dr. Lieber (Z.) und Genossen, der reichsgesetzliche Regelung der Religionsfreiheit der einzelnen Staatsangehörigen und der anerkannten Religionsgemeinschaften erstrebt.

Reichskanzler Graf v. Bülow: Im Namen der verbündeten Regierungen habe ich nachfolgende Erklärung abzugeben: Obwohl sich die verbündeten Regierungen über die gesetzgeberischen Anträge, die aus dem Reichstage hervorgehen, erst schlüssig zu machen pflegen, nachdem der Reichstag seinerseits Stellung genommen hat, halte ich es im vorliegenden Falle doch für nothwendig, in einer so ernsten und das Gewissen des deutschen Volkes berührenden Frage mich alsbald auszusprechen. Die verbündeten Regierungen achten die Ueberzeugung und Gefühle, welche dem Antrag des Herrn Abg. Lieber und Genossen zu Grunde liegen, sie sehen sich jedoch außer Stande, diesem Antrage zuzustimmen, welcher die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Bundesstaaten auf einem Gebiete beschränken will, das der Zuständigkeit ihrer Landesgesetzgebung vorbehalten ist. Die aus alter Zeit überkommene Gesetzgebung dieser oder jener Bundesstaaten mag Vorschriften enthalten, die mit dem im größten Theil des Reiches anerkannten Grundsatz freier Religionsübung nicht überall im Einklang stehen. Wenn ich für meine Person hoffe, daß derartige landesgesetzliche Disparitäten verschwinden werden — ich bin durchaus für Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften —, so muß ich als Reichskanzler mir doch vor Allem vor Augen halten, daß meine erste Aufgabe dahin geht, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches und die Autonomie der Bundesmitglieder, soweit die Reichsgesetzgebung dieselbe gewährleistet, nicht ohne willige Zustimmung der einzelnen Staaten beeinträchtigen zu lassen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen. Hört, hört! im Zentrum.) Darin wurzelt das Vertrauen, auf welches die Reichsgewalt bei den Bundesstaaten zählen muß. Dies Vertrauen ungeschmälert zu erhalten, ist meine vornehmste Pflicht und ich bin überzeugt, daß das hohe Haus mir in dieser Auffassung beistimmen wird. (Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und links.)

Das Wort zur Begründung erhält

Dr. Lieber (Z.): In der soeben gehörten Verlesung haben wir zu unterscheiden die Erklärung des Herrn Reichskanzlers für seine Person und die Erklärung des Bundesraths. Dem Herrn Reichskanzler sind wir dankbar, daß er sich für volle Gleichberechtigung der Religionsgesellschaften ausgesprochen hat. In der Erklärung des Bundesraths sehen wir einen Fortschritt. Während der Bundesrath Anträge des Reichstages meist überhaupt nicht würdigte, haben wir jetzt die erfreuliche Thatsache, daß er nicht einmal die Begründung des Reichstages hat erwarten wollen. Der Bundesrath hat sich bisher gar nicht um uns gekümmert, daß wir uns über diesen Fortschritt freuen. Wir hoffen aber, daß das Hohe Haus auch nach der eben gehörten Erklärung des Reichskanzlers die Gelegenheit wahrnehmen wird, die Einzelheiten, soweit sie religiöse Beschwerden betreffen, eingehend zu behandeln. Ich schlage vor, den Antrag einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Wir richten unsere Angriffe gegen Zustände, gegen Verwaltungsgrundsätze, die wir als völlig veraltet bezeichnen müssen. Solche Zustände bestehen vor allem in Mecklenburg, Braunschweig und im Königreich Sachsen. Vor allem aber war maßgebend für die Einbringung unseres Antrages die Entwickelung der Reichsgesetzgebung. Durch einen im Juni angenommenen Antrag wird den in Deutschland anerkannten Religionsgemeinschaften in den Schutzgebieten Gewissensfreiheit und religiöse Duldung gewährleistet. Es ist doch beschämend, daß im deutschen Reich nicht erlaubt ist, was in den Schutzgebieten den Reichsangehörigen gestattet ist. (Sehr richtig! im Zentrum). Der Herr Reichskanzler leugnete die Zuständigkeit des Reiches. Nun, der Reichstag hat erst vor Kurzem das Verbindungsverbat politischer Vereine aufgehoben. Ebenso könnte sich die Reichsgesetzgebung auch dieser Materie bemächtigten. Wir beabsichtigen ja auch nicht die Einführung einer positiven Reichskirchenhoheit, wir wollen nur die Kirchenhoheit der Einzelstaaten beseitigen. Schon 1869 hat der norddeutsche Bund ein Gesetz berathen, welches nach Gründung des deutschen Reiches auch auf dieses ausgedehnt wurde und für alle im norddeutschen Bunde vereinigten Staaten die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte für unabhängig vom religiösen Bekenntniß erklärte. Unser Antrag ist nur eine Konsezuenz dieses Gesetzes. Auch die Ausweisung des Jesuitenordens ist durch Reichsgesetz erfolgt. (Sehr richtig! im Zentrum). Wenn die Regierung immer da sich für zuständig hält, wo es sich um unsere Sklaverei handelt, so müssen wir verlangen, daß diese Zuständigkeit auch anerkannt wird, wo es sich um unsere Freiheit handelt. (Sehr gut! im Zentrum).

Graf Stolberg-Wernigerode (K.): Auch wir widerstreben einer so weitgehenden Erweiterung der Reichskompetenz, wie sie in dem Zentrumsantrag liegt. Wir stimmen aber dem Antrag auf Kommissionsberathung zu, da es Aufgabe der Kommission sein wird, die Punkte herauszuschälen, die der Kompetenz des Reiches unterstehen.

v. Vollmar (SD.): Das Zentrum wäre mit seinen Anträgen dieser Art immer ganz allein geblieben, wenn nicht wir Sozialdemokraten ihm alte Treue gehalten hätten. (Heiterkeit.) Wir sind in diesem Hause wohl die Einzigen, welche den Traum des Kulturkampfes nicht mitgemacht haben. Allerdings haben wir ja wenig Dank dafür geerntet. Wir haben diesen ja auch nicht erwartet. Aber wir hätten verlangen können, daß das Zentrum in seiner Agitation nicht fortgesetzt die Unwahrheit verbreitet hätte, die Sozialdemokratie verfolge die Kirche. Doch wir denken christlicher als das Zentrum (Heiterkeit). Wir wissen, daß Gewohnheitssünden schwer abzulegen sind. Wir wissen, daß die Nutzbarmachung religiöser Motive zu politischen und Parteizwecken derart das Wesen des Zentrums ausmacht, daß es darauf gar nicht verzichten kann. Unter den Einwänden gegen den Zentrumsantrag sind einige von vornherein hinfällig, so, der Antrag sei lediglich agitatorisch und habe keinen praktischen Zweck. Wir meinen, daß jede Partei, welche nicht jede Wurzel im Volksleben verloren hat, auch in ihrer parlamentarischen Thätigkeit sich an das Volk wenden müsse, und daß ihre diesbezüglichen Anträge naturgemäß um so agitatorischer wirken müssen, je mehr Widerstand sie bei der Regierung oder bei den Parteien im Parlamente finden. Dazu kommt, daß das Zentrum derartige agitatorische Anträge in dem Maaße, als es sich fortgesetzt von seiner früheren Position einer Volkspartei in eine militärfromme Regierungspartei umgewandelt hat, wie das tägliche Brod nothwendig hat, um einen Widerspruch der Wähler draußen zu beschwichtigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein weiterer Einwurf sagt, der Antrag könne schon deswegen nicht ernst gemeint sein, weil die Regierung nicht darauf eingehen werde. Wenn wir uns aber darauf beschränken müßten, solche Anträge einzubringen, welche den hohen verbündeten Regierungen gefällig sind, so wäre der ganze Parlamentarismus lediglich eine Farce. Deswegen kann auch die Erklärung des Herrn Reichskanzlers auf uns keinen Eindruck machen. Ich kann aber dem Zentrum den Vorwurf nicht ersparen, daß es genau dieselben Gründe, die jetzt

gegen seinen Antrag erhoben werden, gegen Anträge von uns oft vorgebracht hat. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das einzige feste Prinzip des Zentrums ist das Prinzip des konfessionellen Kirchenthums. Und hierfür opfert es alle anderen Prinzipien. In der Presse ist der Vorwurf laut geworden, der Antrag sei nicht ehrlich gemeint, er sei nur Maske. Gewiß, die Zusammenstellung Toleranz und Zentrum haben auf den ersten Blick etwas Verblüffendes. (Große Heiterkeit.) Ein eigner Reiz für den politischen Feinschmecker. Es ist auch Thatsache, daß der katholischen Kirche und auch der evangelischen nichts ferner liegt, als die Anerkennung des Rechts auf Toleranz, geschweige denn auf Gewissens- und Geistesfreiheit. Dem Katholizismus ist es ein Wahnwitz und ein Verbrechen, die Freiheit des Einzelnen gegenüber den göttlichen Wahrheiten, in deren ausschließlichem Besitz die allein seligmachende Kirche ist, voll anzuerkennen. Alle anderen Kirchen sind der allein seligmachenden katholischen Kirche gegenüber Häresie und Rebellion. Sie haben keine Berechtigung ihr gegenüber. Der Katholizismus fordert aber auch die politische Intoleranz, die Unterdrückung anderer Religionsmeinung durch den Staat. Freilich haben die geschichtlichen Umstände die Kirche gezwungen, sich anzupassen und das Uebel der Andersgläubigkeit zu dulden, weil sie nicht anders kann und unter dieser Voraussetzung darf eine katholische Partei für Toleranz eintreten in katholischen oder solchen Ländern, wo die Katholiken in der Minderheit sind. In Deutschland fordert das Zentrum für die Minorität eine Toleranz, die es als Majorität nicht gewähren würde. (Widerspruch i. Zentr.) Das „bayrische Vaterland" hat das Zentrum auch deshalb angegriffen. (Zuruf aus dem Zentrum: Sigl!) — Ja, glauben Sie denn, daß Sie allein Katholiken sind? (Große Heiterkeit.) Ein Geistlicher soll dort geschrieben haben, daß die ganze Zentrumsfraktion in den Kirchenbann gehöre. (Heiterkeit.) Bei Ihren römischen Konnexionen haben Sie allerdings nichts zu befürchten. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist das Zentrum ein höchst zweifelhafter Vertreter der Gewissensfreiheit; aber in diesem Falle hat es ein persönliches Interesse daran. Deshalb nimmt die Sozialdemokratie den Antrag ernst. Wir Sozialdemokraten sind der Anschauung, daß die ganze religiöse Gesinnung lediglich Privatangelegenheit des einzelnen Menschen und der Religionsgemeinschaft, in welcher sich einzelne zusammengethan haben, ist. Kurz gesagt, wir wollen Trennung zwischen Kirche und Staat. Wenn einzelne Sozialdemokraten einmal Aeußerungen gethan haben, welche diesem Grundsatz nicht entsprechen, so ist das bedauerlich, aber dadurch zu entschuldigen, daß gerade von Seiten des Zentrums Religion und Politik mit einander verquickt wird. Ein Beispiel dafür bietet uns ja die Indienststellung religiöser Motive zur Schwächung der Arbeiterbewegung in ihrer Spaltung nach Konfessionen. Es wird auch darauf hingewiesen, welche ungeheuren Vortheile die katholische Herrschsucht aus diesem Antrag, wenn er Gesetz würde, ziehen würde. Gerade liberale Herren schaudern vor der Invasion von Mönchen und Nonnen oder gar der Jesuiten, die dann zu erwarten wäre. Natürlich wird die katholische Kirche, wenn dieser Antrag Gesetz wird, ihn dazu benutzen, ihre Herrschaft möglichst auszudehnen, aber dieselben Freiheiten wie der katholischen Kirche werden ja auch allen anderen Religionsgemeinschaften gegeben. Diese anderen müßten doch erbärmlich schwächlich sein, wenn sie sich vor der Zerreißung dieser Zwirnsfäden fürchteten. Die Protestanten würden sich dadurch genau auf den Standpunkt des Zwanges und der Intoleranz stellen, den sie sonst dem Zentrum vorwerfen. Wir wollen der Kirche jede weltlichen Machtmittel nehmen, auf geistigem Gebiete muß der Kampf der Geister ein freier sein. Dieser Antrag geht uns also nicht zu weit, sondern er bedarf noch wesentlicher Ergänzungen. Die richtige Konsequenz des Antrags wäre vollständige Beseitigung des jetzigen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und Herstellung eines Zustandes, wie es in Nordamerika besteht. Warum wollen Sie nicht das, was sich seit Jahrhunderten gerauft hat, stets auf Kosten des Volkes, das ja alles zu bezahlen hat, trennen? (Sehr gut! b. d. Soz.) In Ihrem Antrag steht ja freilich im § 1: Jedem Reichsangehörigen steht Freiheit der Religionsübung zu, in § 5 aber wird diese Freiheit nur auf die anerkannten Religionsgemeinschaften beschränkt. Schon die Beschränkung auf Reichsangehörige ist nicht richtig. Jeder der auf deutschem Boden weilt, muß diese Freiheit haben, aber vor allem muß die Unterscheidung von anerkannten und nicht anerkannten Religionsfreiheiten verschwinden. Sie geben ja auch gar nicht an, nach welchen Gesichtspunkten die Anerkennung erfolgen soll. Es könnte ja ein Staat auch die katholische Kirche nicht anerkennen, und dann sitzen Sie wieder auf dem Trockenen. (Große Heiterkeit.) Alle Religionsfreiheit, die Sie verlangen, bedingt, daß sie gänzlich unabhängig von jeglicher Staatsgewalt ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Selbstverständlich ist dabei, daß jegliche Religionsausübung unter die allgemeinen Strafgesetze fällt. Wollen Sie wirklich Religionsfreiheit, dann müssen Sie auch dafür sorgen, daß alle kleinen Kulten und Sekten erlaubt sind, auch den Dissidenten ihre Religionsübung frei geben. Es darf nicht sein, daß Dissidentenkinder gezwungen werden, an dem Unterricht in einer Religion theilzunehmen, der sie gar nicht angehören. Bis der Antrag Gesetz wird, werden Sie auch dafür zu sorgen haben, daß die Rechte, welche in dem § 1 gegeben werden, nicht irgendwie wieder beeinträchtigt werden. In Sachsen z. B. wird für den Austritt aus der Kirche eine Taxe von 5 Mk. erhoben, die natürlich von vielen Leuten gar nicht erschwungen werden kann. Auch in München ist der Fall vorgekommen, daß sich die katholischen Geistlichen dahin geeinigt haben, nur dann ein Austrittszeugniß aus der Kirche zu geben, wenn der Betreffende nachweist, daß er in eine andere Kirche einzutreten gewillt sei. Gegen die beantragte Kommissionsberathung haben wir nichts einzuwenden. Wir kündigen nur heute schon an, daß wir zu § 5 einen Abänderungsantrag einreichen werden, dahingehend, daß darin nicht von „anerkannten Religionsgemeinschaften", sondern von religiösen Gemeinschaften allgemein die Rede ist. In einem Kampfe um die Gewissensfreiheit werden Sie uns stets auf Ihrer Seite finden, und wir fürchten uns auch nicht, wenn etwa Kulturkämpfer, Jesuitenriecher und ähnliche Leute dann wieder von einer schwarz-rothen Internationale sprechen sollten. (Heiterkeit.) An unserem Rufe ist ja sowieso nichts mehr zu verderben (Erneute Heiterkeit), und hoffentlich schadet auch die Verbrüderung mit uns auch dem Zentrum bei Hofe nicht viel. (Gr. Heiterkeit und Bravo! links.)

Bassermann (NL.): Die Befürchtungen einer Katholisirung Deutschlands, wie sie in der Presse geäußert wurden, haben wir nicht, und wollen auch keinen neuen Kulturkampf entfesseln. Gegen die reichsverfassungsmäßige Festlegung in Abschnitt I „Religionsfreiheit der Reichsangehörigen" haben wir auch aus formalen Gründen keine Bedenken, die Intoleranz muß, wo sie noch in den Einzelstaaten besteht, so schnell als möglich beseitigt werden. Wir fordern aber auch im Gegensatz zu dem Zentrumsantrag Religionsfreiheit für alle nicht staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften für Dissidenten und Altkatholiken. Die formale Seite der Frage wird die Kommission beschäftigen. Durch ein Reichsgesetz läßt sich eine Verfassungsänderung nicht nebenbei herbeiführen. Diese muß vielmehr ausdrücklich beschlossen werden. Die Bestimmung, daß dem Kinde, wie es der Antrag will, nach vollendetem 12. Lebensjahr Entscheidung über sein Religionsbekenntniß zustehen soll, halten wir für unannehmbar. Hinsichtlich des zweiten Theiles des Antrages „Religionsfreiheit der Religionsgemeinschaften" stehen wir auf einem vollkommen entgegengesetzten Standpunkt. Der Antrag will jedes staatliche Aufsichtsrecht über die religiöse Erziehung der Kinder ausschließen. Das machen wir nicht mit. Gegen die Kommissionsberathung haben wir nichts, da eine große Partei sie verlangt und die Materie wichtig ist. Wir werden eintreten für den Grundsatz, daß Jeder nach seiner Façon selig werde, und für die volle Wahrung der Kirchenhoheit des Staates. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Richter (FVp.): Die heutige Erklärung des Herrn Reichskanzlers hat erfreulicherweise die bisherige Enthaltsamkeit der Regierung Initiativanträgen des Reichstages gegenüber durchbrochen. Das Auftreten des Reichskanzlers kam so unerwartet, daß die Meinung sich verbreitete, er wolle eine Erklärung wegen der Aufnahme des Präsidenten Krüger abgeben. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Formelle Seite und materiellen Inhalt müssen bei dem Antrag unterschieden werden. Früher eiferte das Zentrum gegen jede Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches und die Nationalliberalen für Erweiterung. Also rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. (Heiterkeit.) Das Hauptargument für die Reichszuständigkeit ist das Gesetz von 1869, das der Initiative der Fortschrittspartei sein Entstehen verdankt. Materiell genommen, ist ein großer Unterschied zwischen dem ersten und zweiten Abschnitt des Antrags. Dem ersten Theil stehen wir freundlich gegenüber, im zweiten Theil erblicken wir nicht Toleranz, sondern Intoleranz, weil nur für anerkannte Kirchen Freiheit gefordert wird. Gerade die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften bedürfen der Freiheit am meisten. Werden doch in Preußen Dissidentenkinder gezwungen, dem Religionsunterricht einer Konfession beizuwohnen, die ihre Eltern verabscheuen. Wir wollen nicht nur Freiheit für die Religionen, die den behördlichen Stempel erhalten, sondern wir fordern gleiches Recht für Alle. (Bravo! links.) Wir verlangen das Recht der juristischen Person für alle religiösen Gemeinschaften. Wir wünschen auch keinerlei staatliche Zuwendung für irgend eine religiöse Gemeinschaft. (Bravo! links.)

Fürst v. Radziwill (Pole): Wir erblicken in dem Antrag ein Postulat der Gerechtigkeit, den Einwand der Inkompetenz des Reiches können wir nicht anerkennen. Wir Polen haben ein besonderes Interesse an der Freiheit der Religionsübung, denn sie kann am ehesten zur Ueberbrückung der nationalen Gegensätze bei uns führen. (Beifall im Zentr. u. b. d. Polen.)

Rickert (FVg.): Wir sehen in dem Antrag einen Fortschritt. Die Katholiken haben Grund zu Beschwerden in verschiedenen Einzelstaaten. Es wird gut sein, diese Dinge klarzustellen in der Kommission. Hoffentlich gelangen wir in letzterer auch darüber zur Verständigung, daß auch den nicht anerkannten Religionsgesellschaften volle Freiheit gegeben wird. (Beifall.)

Stockmann (Rp.): Dem Grundgedanken des Antrages stehen wir sympathisch gegenüber. Gewundert haben wir uns, daß der Antrag vom Zentrum ausgegangen ist, das sich doch sonst immer gegen eine Kompetenzerweiterung des Reiches ausgesprochen hat. Für die Durchführung des Antrages müßte die Reichsverfassung geändert werden. Das scheint uns aber nicht richtig. In die Staatshoheitsrechte der Einzelstaaten wollen wir nicht eingreifen. Es kommt hinzu, daß nach Annahme des Antrages der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes völlig gegenstandslos sein würde. Wir können deshalb dem Antrag nicht zustimmen, wollen aber für die Kommissionsberathung stimmen.

Dr. Pichler (Z): In der Debatte ist allseitig anerkannt worden, daß schwere Mißstände bestehen. Das wird hoffentlich einen moralischen Druck auf die Reichsregierung ausüben. Es hat mich gefreut, daß der Reichskanzler die Sonderrechte der Einzelstaaten hier so stark betont und den bundesstaatlichen Charakter des Reichs gewahrt hat. In dieser Beziehung haben wir uns nicht gewandelt. Wir sind jederzeit für volle Gewissensfreiheit eingetreten und meinen, daß das Reich auf diesem Gebiet zuständig ist. War der Reichstag 1869 für das jetzt bestehende Gesetz zuständig, so ist er es auch für unseren heutigen Antrag. (Sehr richtig!) Herr v. Vollmar hat uns vorgeworfen, daß wir seine Partei falsch beschuldigen und betonte, für seine Partei sei Religion Privatsache. Das ist aber eine subjektive Ansicht des Herrn. In den offiziellen Parteitagsprotokollen steht das Gegentheil. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) Herr v. Vollmar hat sich auf das Imprimatur eines Bischofs berufen. Ich möchte ihm da eine kleine Belehrung zu theil werden lassen. Er wird mir das nicht übel nehmen, da er uns heute auch viele Wahrheiten gesagt hat. (Sehr richtig! b. d. Soz. Gr. Heiterkeit.) Das bischöfliche Imprimatur auf einem Buche bedeutet nichts anderes, als daß das betreffende Buch nichts enthält, was dem christlichen Glauben aus der Sittenlehre widerspräche. Redner giebt dann einzelne Fälle religiöser Unduldsamkeit in Braunschweig, Mecklenburg und Sachsen ausführlich bekannt. In Gera z. B. ist eine katholische Privatschule konzessionirt worden, sie darf aber keine Unterstützung von der Gemeinde annehmen, ebensowenig Schulgeld erheben. Wovon soll sie denn bestehen? Sie muß bei den übrigen Katholiken in Deutschland betteln gehen. (Sehr wahr! im Zentr.) In Braunschweig besteht eine Bestimmung vom 10. Mai 1867, die verlangt, daß die Kinder der Religion des Vaters folgen, wenn nicht zwischen Geburt und Taufe das Gegentheil angezeigt wird. In Wismar ist die Errichtung einer katholischen Kirche verboten worden. Dem Gebäude zur Abhaltung des Gottesdienstes darf kein kirchenähnliches Aussehen gegeben werden. (Hört! hört! im Zentr.)

Nach kurzen Ausführungen des Bundesbevollmächtigten für Sachsen, des Grafen Hohenthal, des Bevollmächtigten für Mecklenburg, v. Oertzen, und des Bevollmächtigten für Braunschweig, v. Cramm-Burgdorf, die sich mit den Details der Rede Dr. Pichlers beschäftigen, schließt die Diskussion

Der Antrag wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (1. Schleuniger Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) betr. Einstellung eines Verfahrens gegen den Abg. Thiele (Soz.) 2 Fortsetzung der Besprechung der Interpellation-Dr. Heim (Z.) wegen der Kohlentheuerung.)

Schluß 7 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der China-Etat wurde am Dienstag in einer Doppelsitzung der Budgetkommission berathen. Die Berathung entbehrte jeder besonderen Spannung, da das Schicksal der Vorlage bis in ihre Einzelheiten völlig entschieden ist. Das Zentrum, das im vorigen Winter bei der Berathung des großen Marineprogramms wenigstens noch zeitweilig den Schein einer eigenen Meinung vorzutäuschen versuchte, ist nun völlig Handlanger und Mitsünder der weltpolitischen Reaktion. Auch die Opposition der freisinnigen Volkspartei ist trotz einiger Richter'schen Abänderungs- und Abschwächungsanträge zur Lächerlichkeit geworden. Die meisten Kapitel des China-Etats wurden debattelos gebilligt und die Regierung ist ihrer ersten Chinarate sicher. Auch die Anregungen Richters, wenigstens jetzt endlich eine, wenn auch nur mäßige Schwenkung zur Vernunft in der Chinapolitik durch Zurückziehung des nicht nur gänzlich überflüssigen, sondern geradezu schädlichen Aufgebots an Marine und Landtruppen in Ostasien zu bewirken, blieben ohne jeden Erfolg. Und nachdem die Regierungsvertreter ihr übliches Sprüchlein: „Wir dürfen keine Schwäche zeigen!" gesprochen, knickte Herr Richter selbst um, verzichtete auf Abstimmung über seine Anregungen und wollte diese nur gegeben haben, um der Regierung Gelegenheit zu Aufklärungen zu bieten.

Nur in einer Hinsicht wies die Kommission allzu dreisten Uebermuth der Regierung gelinde zurück. Den nach China ausmarschirenden Soldaten hat eine Kabinettsordre des Kaisers für den Fall ihrer Invalidität und im Todesfall für die Hinterbliebenen besondere Zuschüsse über die gesetzlich feststehenden Pensionssätze aus dem Dispositionsfonds zugesichert. Jetzt wollte die Regierung dem Reichstag zumuthen, jene außergewöhnliche Maßnahme nur für das laufende Etatsjahr gutzuheißen, aber für die Zukunft den unstatthaften Zustand zu belassen, daß weiterhin der Dispositionsfonds nach Belieben der Regierung zu jenen Zwecken benutzt werde, während eine gesetzliche Regelung sowohl behufs Wahrung der Rechte der Volksvertretung als auch im Interesse der in China verwundeten Soldaten und der Hinterbliebenen der Getödteten unbedingtes Erforderniß ist. Trotz des Umfalls der regierungsfreudigen Zentrumsjuristen Bachem und Gröber nöthigte die Kommission das Reichsschatzamt zur schleunigen Vorlegung einer Gesetzesbestimmung, durch die der etatswidrige Zustand beseitigt und die Ansprüche der China-Invaliden gesichert werden.

Ferner bemühten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission um die Klarstellung einiger Vorkommnisse des Chinafeldzugs, die in der Oeffentlichkeit Aufsehen und Erregung verursacht hatten. Singer behandelte die Frage der Truppenverpflegung, Bebel die auffälligen Neubestellungen von Winterkleidung grauer Farbe, die auf die Absicht der Schaffung einer Kolonialarmee zu deuten scheinen. Der Kriegsminister suchte Bebels eindringliche Befragung mit der Wendung zu entkräften; Solche Konsequenzen sind zunächst nicht zu ziehen! Zunächst!!

In noch tadelloserer Tugendreinheit zeigte sich der Kriegsminister, als Bebel ihm das Verbot der Soldatenbriefe und die Greuelmeldungen aus China vorhielt. Herr v. Goßler weiß von nichts.

Abg. Eickhoff erinnerte an den Tientsiner Garnisonbefehl, gezeichnet Generalmajor v. Kettler, durch den geschlossene Briefe verboten wurden. Der Kriegsminister weiß nichts davon. Bebel verwies auf die übereinstimmenden Schilderungen barbarischer Kriegsführung. Der Kriegsminister hat davon nichts in seinen amtlichen Berichten gelesen. Bebel fragte, warum die Regierung „Verpflegungsgelder für Gefangene" fordere, da doch Gefangene nicht gemacht und Pardon nicht gegeben wird. Der Kriegsminister weiß von nichts! Wochen und Monate hindurch empört sich das deutsche Volksgewissen — wo ein Gewissen bei uns noch sich regt und der Empörung fähig ist — ob der Entsetzlichkeiten, die aus China gemeldet werden. Der Kriegsminister erklärt mit vollendetem Gleichmuth: Er habe jetzt Anfragen über diese Dinge an das Oberkommando in China gerichtet!

Die feiste Gemächlichkeit, in der eine christliche Regierung und die Führer der Parteien „für Religion, Ordnung und Sitte" die hunnischen Unthaten in China behandeln, erscheint noch beschämender als jene Unthaten selbst.

Thiel hat gestanden. Kaum jemals ist vor einem deutschen Gericht ein Prozeß geführt worden, der an sensationellen Zwischenfällen und überraschenden Wendungen so reich gewesen wäre, wie der Sternberg-Prozeß. Erst die Aussagen Stierstädters über die unlauteren Machenschaften höherer Polizeibeamter und die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen diese Beamten, dann der Widerruf der Woyda, dann die Flucht Luppas, dann der Umfall der Ehlert und so fort in bunter Reihe. Auch der gestrige Tag brachte wieder eine Sensation, und zwar eine solche, die all das Sensationelle, was bisher zu Tage getreten ist, weit in den Schatten stellt: Nach den Mittheilungen des Staatsanwalts Braut hat der Kriminalkommissar Thiel ein umfassendes Geständniß abgelegt. Er hat gestanden, daß er von Luppa bestochen worden sei, daß er an diesen Menschen ganze Berichte über die Thätigkeit der Polizei in Sachen Sternberg erstattet habe, daß die Darstellung, die Stierstädter über seinen Verkehr mit ihm gegeben habe, in allem Wesentlichen zutreffend sei — kurz, daß er sich in allen Stücken zu einem Werkzeuge der Sternberg'schen Bestechereclique, an deren Spitze der berüchtigte Luppa stand, herabgewürdigt habe. Schwere Strafe wird diesen pflicht- und ehrvergessenen Beamten treffen, denn das Verbrechen der Beamtenbestechung, dessen er sich schuldig gemacht hat, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bedroht, und außerdem hat er Zuchthausstrafe verwirkt, wegen des Meineides, dessen er sich schuldig machte, als er Stierstädters Aussagen über seinen Verkehr mit ihm unter seinem Eide bestritt. Nach den Mittheilungen des Staatsanwalts Braut wird es auch klar, weshalb Luppa es vorgezogen hat, das Weite zu suchen: ihm drohte nicht blos die Strafe wegen Begünstigung, sondern auch die viel schwerere Strafe nach § 333 des Strafgesetzbuchs. „Wer", so lautet dieser Paragraph, „einem Beamten oder einem Mitgliede der bewaffneten Macht Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt, um ihn zu einer Handlung, die eine Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, zu bestimmen, wird wegen Bestechung mit Gefängniß bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden." England, wohin Luppa sich, wie feststeht, begeben hat, liefert wegen eines derartigen Verbrechens nicht aus, und so ist der dunkle Ehrenmann vor der Hand in Sicherheit, während seinem Opfer das Zuchthaus gewiß ist. Welch ein undurchdringlicher Lügner der Luppa ist, das erhellt nicht bloß aus der Art, wie er jeden Verkehr mit Thiel vor Gericht bestritten hat, sondern auch aus seinem Briefe an die Vertheidigung, in welchem er es so darzustellen suchte, als habe er in einem Augenblick geistiger Verwirrung Berlin verlassen.

Es giebt ein Wiedersehn! Man schreibt dem „Vorw.“: Die Strafversetzung des „etwas eigenthümlichen“ Ministerialdirektors v. Woedtke soll nach Mittheilung der „Deutschen Versicherungs-Zeitung“ darin bestehen, daß er zum Präsidenten des neu zu gründenden Aufsichtsamts für Privatversicherung ernannt wird. Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, wird das edle Paar Bueck-Woedtke sicherlich sehr zufrieden sein. Der famose Generalsekretär der Industriellen „macht“ nämlich auch in Versicherung und bezieht aus seinem Posten als Generalsekretär eines großen Verbands von Versicherungsgesellschaften ein bescheidenes Nebeneinkommen. So giebt also die Reichsregierung in ihrer unendlichen Güte den braven Männern auch fernerhin — wenn auch auf andrem Gebiete — Gelegenheit, „Hand in Hand“ zu arbeiten.

Nationalliberale Brotvertheuerer! Der Reichstagsabgeordnete Bassermann hat auf dem am 2. Dezbr. in Zittau abgehaltenen nationalliberalen Parteitag für die Lausitz ausdrücklich erklärt, daß die nationalliberale Partei für einen höheren Schutz der Landwirthschaft durch Erhöhung des Getreidezolles eintrete.

Moderne Sklaverei. Die Attentatsversuche des ostelbischen Agrarierthums auf die Freizügigkeit reißen nicht ab. In der Sitzung der Landwirthschaftskammer zu Danzig berichtete Herr v. Hartmann-Hoffstädt über einen Antrag des Vereins Dt.-Krone. Redner wünschte, der „Danz. Ztg.“ zufolge, daß die Landwirthschaftskammer dahin wirke, daß die Freizügigkeit junger Leute womöglich bis zum 20., mindestens bis zum 18. Lebensjahre beschränkt werde, ferner verlangt er Besteuerung des Zuzuges in die Städte über 10000 Einwohner; sodann verlangt er Ergänzung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Diese Vorschläge wurden dem Ausschuß für Volkswirthschaft überwiesen.

Kleine politische Nachrichten. Bei der Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Paderborn-Büren wurde, wie das „Westf. Volksbl.“ meldet, bei schwacher Wahlbetheiligung Savigny (Zentrum) gewählt. Ein Gegenkandidat war überhaupt nicht aufgestellt. — Der Reichskanzler soll, wie die „Nationalzeitung“ schreibt, im Reichstag sich demnächst über den unterbliebenen Empfang des Präsidenten Krüger aussprechen wollen. Dazu würde ja der Reichskanzler Gelegenheit haben bei der ersten Berathung des Etats. — Die Bäckermeister rühren sich wieder, um das Bischen Arbeiterschutz für ihre Gesellen wieder zu beseitigen. Dem Reichstage ist aus Bäckerkreisen eine Petition zugegangen, welche um Aufhebung der Maximalarbeitszeit-Verordnung für Bäckereien und Konditoreien und um Einführung einer Minimalruhezeit ersucht. — Die Nachricht, daß zur „Dnzentenarfeier“ (Zweijahrhundertfeier) des Königreichs Preußen ein neuer Orden gestiftet werden solle, der den Rang zwischen dem Schwarzen und Rothen Adlerorden einnimmt, wird der „Post“ von zuständiger Stelle als der Begründung entbehrend bezeichnet. Abwarten! — Präsiden Krüger, der sich noch in Köln aufhält, empfing Mittwoch Nachmittag ein Anzahl von Privatpersonen und besichtigte um 4 Uhr den Dom. Trotz des Regens hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, welches dem Präsidenten Krüger, der den Weg vom Domhotel bis zum Südportal des Doms zu Fuß zurücklegte, herzliche Ovationen bereitete, wofür derselbe durch Abnehmen des Hutes fortdauernd dankte. Die Abfahrt des Präsidenten sollte Donnerstag Vormittag mittels Extrazuges erfolgen, dem sich in Zevenaar ein holländischer Extrazug anschließt. — Eine neue Dienstanweisung für die Gendarmerie in Preußen ist nach der „Voss. Ztg.“ in Kraft getreten. Diese enthält u. a. die Bestimmung, daß ein jeder Gendarm bei den außerhalb seines Dienstbezirkes vorkommenden Verbrechen nicht mehr als Vertreter der Staatsanwaltschaft, sondern nur in dem einer Civilperson zustehenden Umfange eingreifen kann. Stößt ein Gendarm demnach in derartigen Fällen auf Wiedersetzlichkeiten, so können fortan die betreffenden Personen nicht mehr wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, sondern höchstens wegen Beleidigung oder Körperverletzung bestraft werden. — Als der „starke Mann“ wird der neue Minister in Koburg-Gotha, Herr Hentig, ausgerufen. Er soll eine „neue Aera“ einleiten. In der amtlichen „Gothaischen Ztg.“ wird auf eine bevorstehende Auflösung des Landtages hingewiesen, der nach den jüngsten Neuwahlen aus 9 Sozialdemokraten, 5 Agrariern, 4 Freisinnigen und einem Nationalliberalen besteht. Daß dem neuen Minister der neue Landtag ebenso wenig gefällt wie seinem Vorgänger, glauben wir gern; es dürfte ihm aber schwerlich gelingen, durch Auflösung einen „besseren“ Landtag zu erzielen. — Der Führer der Antisemiten in Dresden, Baumeister Hartwig, war bekanntlich von 23 Stadtverordneten aufgefordert worden, sein Mandat niederzulegen, da sie ihn nach dem Urtheil in einem Beleidigungsprozeß nicht für würdig halten, ein öffentliches Ehrenamt zu bekleiden. Der Ausschuß der Dresdener Stadtverordneten, dem diese Aufforderung überwiesen, schlägt vor, von einem Einschreiten gegen Hartwig abzusehen, da ihm die „Unbescholtenheit im Sinne der Städte-Ordnung nicht abgesprochen werden könne.“ Bürgerliche Moral! — Das militärische Ehrengericht, dem der bisherige Vorsitzende der Posener Landwirthschaftskammer, Major a. D. Endell, seine Angelegenheit in Sachen dieser Kammer zur Entscheidung vorgelegt hat, entschied sich, wie das „Pos. Tagebl.“ hört, dahin, daß es keinen Anlaß zum Einschreiten finde. Eine Verfehlung vom offizierlichen Standpunkt aus mag ja Herrn Endell nicht vorzuwerfen sein, daß aber nach bürgerlichen Begriffen sein Verfahren als korrekt nicht angesehen werden kann, geht am besten daraus hervor, daß Herr Endell sich genöthigt gesehen hat, den Vorsitz in der Landwirthschaftskammer niederzulegen. — In der französischen Kammer brachte der sozialistische Deputirte Boyer einen Antrag ein, die festen Bezüge der Deputirten auf die Hälfte herabzusetzen und Präsenzmarken einzuführen, um die Deputirten zum Besuche der Kammersitzungen anzuspornen. In Frankreich erhalten Senatoren und Deputirten jährlich 9000 Francs und freie Fahrt auf allen Bahnen. — Für die Zustände in der französischen Armee ist folgende Nachricht bezeichnend: Die Offiziere des 18. Dragoner-Regiments in Melun hatten einen ihrer Kameraden in die Acht gethan, weil derselbe eine geschiedene Frau geheirathet hatte. Der Kriegsminister hat nun auf Grund der mit dieser Angelegenheit zusammenhängenden Vorgänge im Offizierkorps den Obersten und zehn Offiziere dieses Regiments versetzt. — In Brüssel verhaftete am Dienstag Abend die Polizei im Königlichen Palais eine Person, die sich unter der falschen Angabe, eine Reparatur an der Gasanlage vornehmen zu wollen, Eingang verschafft hatte. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. — In Belgien haben am Dienstag die Linke der Kammer und des Senats beschlossen, eine geschlossene parlamentarische Oppositionsgruppe gegen die klerikalen Parteien zu bilden. Ihr Programm betrifft: Einführung der persönlichen Wehrpflicht, Schulzwang und verhältnißmäßige Wahlen für die Parlamente und die Kommunen. In Betreff des allgemeinen, gleichen Stimmrechts ist ein Ausschuß von acht Mitgliedern ernannt worden, welcher diese Frage einem eingehenden Studium unterziehen wird. — In der Zweiten holländischen Kammer erklärte am Mittwoch der Ministerpräsident Pierson bei der allgemeinen Etatsberathung, er könne augenblicklich nicht den psychologischen Moment voraussehen, in dem Holland eine schiedsgerichtliche Entscheidung im südafrikanischen Kriege würde vorschlagen können. — In der italienischen Deputirtenkammer erklärte am Dienstag auf verschiedene Interpellationen über das Programm des Kabinets der Ministerpräsident Saracco, die Regierung werde in der Militärverwaltung sparsam wirthschaften, aber niemals in eine Verminderung des Effektivbestandes des Heeres willigen. — Das bulgarische Kabinett demissionirte; die Sobranje wurde vertagt. Es wird versucht, ein Koalitionskabinett unter Beibehaltung der gegenwärtigen Sobranje zu bilden. Diesem Versuche werden jedoch in politischen Kreisen geringe Aussichten zugeschrieben. — Infolge andauernder Verfolgungen wandern viele Mazedo-Rumänen aus Bulgarien aus. In Plewna wurde der Mazedo-Rumäne Vamiha von Agenten des mazedonischen Komitees zu Sofia unter Erpressung von 1000 Francs lebensgefährlich mißhandelt. — In Marokko ist es, wie aus Marrakesch vom 28. November gemeldet wird, dem am Hofe des Sultans eingetroffenen deutschen Gesandten Frhrn. v. Mentzingen gelungen, die drei hauptsächlichsten deutschen Reklamationen in befriedigender Weise zu erledigen. Es handelt sich dabei um die Bestrafung der Mörder des deutschen Semsars (Handelsagenten) El-Mekki, um Genugthuung wegen Beraubung und Gefangenhaltung eines Schutzgenossen des Kaufmanns Dannenberg, und um Sühne und Schadenersatz für Gewaltthaten des Kaid von Ulad Haris gegen einen Semsar des Kaufmanns H. Ficke.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Welchen Wagemuth die Buren besitzen, beweist eine Nachricht des „Reuterschen Bureaus“ aus Durban vom 29. November, wonach ein Kommando von 50 gut bewaffneten und berittenen Buren plötzlich in Cundgleugh, in der Nähe von Ladysmith, aufgetaucht sei und den Ort geplündert habe. Eine der von der Plünderung betroffenen Personen traf in Ladysmith ein und berichtete, daß noch ein zweites, etwa gleich starkes Burenkommando in der Nachbarschaft sich befinde.

Auch in der Kapkolonie wird die Lage für die Engländer immer brenzlicher. In Grahamstown im Süden der Kapkolonie waren am Dienstag früh dicht bei der Stadt die Telegraphendrähte durchschnitten, worüber große Erregung herrscht. — Dem „Manchester Guardian“ wird aus Kapstadt gemeldet: Man erwartet, daß 15000 Personen dem Afrikander-Kongreß in Worcester beiwohnen werden. Zwei Maximkanonen, welche von Leuten des australischen Kontingents bedient werden, sind auf das Versammlungslokal gerichtet.

Englische Sensationsblätter melden aus Pretoria vom 3. Dezember: Es verlautet, daß die Buren-Kommandanten Erasmus und Biljoen bei Bronkhorst-Spruit eingeschlossen seien. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

Die letzte amtliche Verlustliste der Engländer zählt auf: 49728 Todte, Verwundete und Gefangene. In dieser Aufstellung sind die Kranken in den Hospitälern nicht mit einbegriffen. Deren Zahl schwankt nach vorliegenden Angaben zwischen 40- und 55000 Mann.

Eine neue Unfreundlichkeit hat die portugiesische Regierung gegenüber den Buren begangen. Sie entzog dem gemaßregelten Exkonsul Transvaals Pott auch das Exequatur Hollands.

China.

Vom Chinawirrwarr. Wie das Reutersche Bureau aus Peking meldet, ist die angekündigte Zusammenkunft der Gesandten am Dienstag völlig ergebnißlos verlaufen, weil nicht sämmtliche Gesandten von ihren Regierungen Weisungen hinsichtlich der Form der an China zu richtenden Präliminarnote erhalten hatten. Das war vorauszusehen!

In der englischen Zeitschrift „Spectator“ wird nach genauer Darlegung der Verhältnisse im fernen Osten der Schluß gezogen, daß bis jetzt und wahrscheinlich auch für die Zukunft, China dem Westen gegenüber siegreich in dem Kampfe sei. „Der Streit soll durch die größere Kraft entschieden werden, und dabei zeigt sich jetzt, daß die Stärke auf der Seite der Zivilisation ungenügend ist. Zunächst ist die Einigkeit des Westens, das Konzert, in die Brüche gegangen. Das bedeutet natürlich, daß China das Spiel gewinnt. Nicht das Geringste ist geschehen, das die Chinesen davon überzeugen könnte, daß ihre mächtige Herrscherin geschlagen ist, oder daß die Mächte im Stande sind, ein zukünftiges Massacre zu verhindern. Es ist den Chinesen vollständig gleichgültig, daß die Alliirten Peking eine Zeit besetzt gehalten haben, wenn sie es nur erst wieder geräumt haben. Sie werden auch kaum jemals erfahren, daß ihre Armeen zersprengt worden sind, und übrigens interessiren sie sich für die Truppen gar nicht, sie sehen in ihnen nur nothwendige Werkzeuge. Den Verlust einiger Tausend ihrer Landsleute fühlen sie ebenso wenig, wie ein Schwarm Heringe einen Netzzug spürt. Was sie allein glauben werden, ist, daß die Fremden zum Schluß doch die Unmöglichkeit einsahen, den Hülfsquellen Chinas gegenüber dauernd Stand zu halten und im Lande zu verbleiben. Die europäische Anschauung, daß Peking etwas wie ein unverletzliches Heiligthum für die Chinesen sei, ist thörichte Einbildung, und ebenso ist es ein Irrthum, daß die Chinesen die Kriegsentschädigung für etwas Anderes ansehen werden, als einen großen „Squeeze“, den man eben bezahlt, wenn es nicht anders geht, dabei aber die Hoffnung hat, bei günstiger Gelegenheit sich wieder an den Fremden schadlos halten zu können. . . . . Wir möchten glauben — sagt „Spectator“ weiter — daß Europa schließlich müde wird, große Ausgaben zu machen, ohne ein Resultat zu sehen, sich bei dem, was bis jetzt erreicht ist, beruhigt und den früheren Zustand ohne Murren annimmt.“

„Daily News“ melden aus Schanghai vom 3. Dezember: Die chinesische Presse ist der Ansicht, daß der Hof Vorbereitungen zur Rückkehr nach Peking treffe. Man glaubt, daß die Bemühungen Li-Hung-Tschang's, Tschangtschitung's und Anderer, die Verurtheilung Tuan's und Tungfusiang's durchzusetzen, wahrscheinlich erfolgreich sein werden. Durch neuerdings erlassene Edikte werden Beamte abgesetzt, welche die Boxer besonders unterstützt haben. Die Sachlage wird sowohl von den chinesischen, wie von den ausländischen amtlichen Kreisen für günstiger angesehen. — In einem Telegramm Li-Hung-Tschang's an die chinesische Gesandtschaft in Berlin, das von dieser dem Auswärtigen Amt unterbreitet worden ist, wird mitgetheilt, daß der neue Gouverneur Sihliang der Provinz Schansi, im Gegensatz zu seinem fremdenfeindlichen Vorgänger Yühsien, seit der vor zwei Monaten erfolgten Uebernahme seines Postens mit aller Strenge gegen die Boxer vorgehe, über 80 Anführer der Aufständischen habe öffentlich hinrichten lassen und die Missionare mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln schütze.

Die deutsch-italienische Kolonne, die die Expedition nach Kalgan ausführte, ist Dienstag wieder in Peking eingetroffen; ihr Gesundheitszustand ist, italienischen Meldungen zufolge, ausgezeichnet. Nach der „Times“ traf sie auf keinen Widerstand. Sie fand alles Eigenthum der Missionen von Peking bis zur Grenze zerstört und die chinesischen Christen beinahe vernichtet, doch verhängte die Expedition wenig Strafen, außer der Erhebung von Abgaben von Häuten und Silber in den Städten, welche passirt wurden. Die Bevölkerung ist sehr erfreut, daß sie so leicht der Bestrafung entging. Man hat einen Beweis dafür, daß Hauptmann Watts Jones acht Tagemärsche jenseits Kalgan nach viertägigen unmenschlichen Torturen ermordet wurde.

Nach einer Meldung des „Bureau Laffan“ aus Schanghai heißt es dort, die Bestrafung Tungfuhsiangs (dem sein Rang genommen worden ist) sei nur der erste Schritt und er werde volle Bestrafung erhalten, nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet worden sei.

Graf Waldersee meldet aus Peking vom 4. Dezember: In der Provinz Schansi sollen stärkere reguläre Truppen unter dem General Ma stehen und die Pässe im Gebirge an der Grenze von Tschili besetzt halten.

Ueber Plünderungen wird dem „Bureau Laffan“ aus Peking gemeldet. Von christlichen Chinesen seien aus der verbotenen Stadt unter dem Schutze von französischen Soldaten prachtvolle Bronzen gestohlen und dann zur Kathedrale geschafft worden, wo ein Priester sie zum Verkauf ausbot. Nach derselben Quelle sollen jedoch die Deutschen energische Maßregeln ergriffen haben, um ihre Leute vom Plündern abzuhalten. Sie hätten bereits in Tientsin einen Soldaten erschossen, der trotz strengster Befehle plünderte. Bestätigung dieser Sensationsmeldung bleibt abzuwarten.

In Tientsin haben nach dem „Standard“ mehrere Chinesen versucht, das Arsenal in die Luft zu sprengen. Der Versuch mißlang, ein Mann wurde getödtet. — In Paotingfu hat beim Räumen eines Pulvermagazins eine Explosion stattgefunden; todt 1 Pionier, verwundet Leutnant Wolfgramm und 4 Pioniere.

Wie „Daily News“ aus Tientsin melden, laufen dort fortwährend Berichte ein über kleine Zusammenstöße mit Boxern und entlassenen chinesischen Soldaten auf verschiedenen Punkten außerhalb der Stadt.

In der Mandschurei richten sich die Russen bereits häuslich ein. Nach den „Times“ haben sie in Niutschwang den Postdienst übernommen und durch eine Proklamation bekannt gegeben, daß sie auch die Einziehung der Grundsteuer besorgen.

Ein Verzeichniß der heimkehrenden deutschen Truppen wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht. Darnach kehren an Bord der „Köln“ von Ostasien 987 Offiziere und Mannschaften nach Deutschland zurück, nämlich von folgenden Schiffen und Truppenkommandos: 219 „Hertha“, 90 „Hansa“, 165 „Kaiserin Augusta“, 255 „Irene“, 102 „Gefion“, 45 „Iltis“, 12 „Jaguar“, 18 „Seeadler“, 13 „Fürst Bismarck“, 2 „Brandenburg“, 2 „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, 1 „Wörth“, 3 „Hela“, 1 „Weißenburg“, 1 „Tiger“, 2 „Luchs“, 1 „S 92“, 2 „S 90“, 1 Hafenamt Tsingtau, 19 I. Seebataillon, 20 II. Seebataillon, 1 I. Matr.-Art.-Abtheilung, 4 II., III. Matr.-Art.-Abtheilung, 7 Ostasiatisches Expeditionskorps, 1 Gouvernement Kiautschou.

Dem „Reichs-Anzeiger“ wird betreffs der telegraphischen Berichterstattung des Ostasiatischen Expeditionskorps mitgetheilt: Das Kommando des Expeditionskorps ist angewiesen, jeden Todesfall und jede Verwundung telegraphisch dem Kriegsministerium mitzutheilen. Es wird dabei kein Unterschied gemacht, ob der Betreffende Offizier ist oder einen niederen Dienstgrad bekleidet. Es ist aufs Eingehendste Fürsorge getroffen, daß die Angehörigen sofort, sobald die Identität des als todt oder verwundet Gemeldeten feststeht, benachrichtigt werden. Die Bekanntgabe der Namen durch die Presse erfolgt erst, wenn die Angehörigen bereits in den Besitz der betreffenden Nachricht gelangt sind.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 6. Dezember.

Achtung, Arbeiterinnen! Von der Stoffwäschefabrik Oncken u. Carstens, Karpfenstraße, ist der Zuzug streng fernzuhalten.

Haushaltungsunterricht in organischer Verbindung mit dem Mädchen-Volksschulunterrichte. Der der Freisinnigen Vereinigung angehörende Reichstagsabgeordnete und Mädchenschuldirektor Ernst aus Schneidemühl hat hat über dieses Thema hier im Auftrage der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit gesprochen. Wer da aus eigener Anschauung weiß, wer täglich sieht, welche traurigen Verhältnisse die mangelhafte Ausbildung weiter Kreise der Mädchen des Proletariats in häuslichen Dingen nach sich zieht, der wird mit dem Redner den Wunsch wohl hegen können, daß Lübeck die zu dem obengenannten Zwecke erforderlichen wenigen Tausende hergebe. Von vortheilhafter Wirkung wird es auf jeden Fall sein, wenn man auch zur Ueberschätzung keinen Anlaß hat. Thorheit ist es jedoch, wenn, fußend auf seinen erzmanchesterlichen Anschauungen, Herr Ernst sich der naiven Hoffnung hingiebt, daß durch diese Einrichtung die Frau mehr der Fabrik, den Geschäften usw. ferngehalten würde. Das heißt denn doch ganz den in unserer Wirthschaftsentwickelung ruhenden Zwang verkennen, der das Weib in die Industrie treibt, und zwar in von Jahr zu Jahr steigendem Maße. Diese große Krankheit heilt man nicht mit dem Rosenöl obligatorischer Haushaltungsschulen, da bedarf es schärferer Mittel, Mittel, gegen deren Anwendung sich gerade die Ernst und Genossen am hartnäckigsten sträuben. Sie stehen verzeichnet im Programm der sozialdemokratischen Partei und heißen: Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages — Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.“ Gegen das Projekt des Direktors Ernst wird kein Lübecker Fabrikant Widerspruch erheben, weil er trotz desselben so viele weibliche Ausbeutungsobjekte erhält, als er gebraucht, wohl aber remonstrirt er auf das heftigste gegen unsere Programmforderungen, welche der Frau Raum für Bethätigung auf häuslichem Gebiete, wenn auch in beschränktem Maße, gewähren, der Ausbeutung der Frau aber Grenzen setzen. Hier hilft nur eine Radikalkur!

Die Arbeitslosigkeit hat augenblicklich, trotz der verhältnißmäßig sehr günstigen Witterung, schon einen Umfang angenommen, wie wir ihn in den letzten Jahren selbst zur strengsten Winterzeit nicht wahrnahmen. Hunderte von Arbeitern, die ohne Beschäftigung sind, bevölkern die Straßen, die Arbeitsnachweisbureaus sind stets von großen Schaaren belagert. Ein hiesiger Kaufmann hatte heute eine Arbeiterstelle zu vergeben. Wir zählten mindestens 4 Dutzend Bewerber für den doch vermuthlich nur mäßig dotirten Posten. Das sind sehr trübe Aussichten für unsere Geschäftsleute.

Die Bevölkerung der Stadt Lübeck belief sich nach einer vorläufigen Zusammenstellung des statistischen Amtes am 1. d. Mts. auf 81 517 gegen 69 874 im Jahre 1895, mithin ist eine Zunahme von 11 643 Köpfen oder 16,8 Proz. zu verzeichnen. In der inneren Stadt wurden ermittelt 36 498 (+ 1 320), in den Vorstädten 44 499 (+ 10 089), auf den Schiffen im Hafen 520 (+ 234). Vom Lande liegen die Angaben noch nicht alle vor. Den Löwenantheil an dem Zuwachs haben natürlich die Vorstädte, immerhin sind aber doch in die an sich schon längst überfüllte innere Stadt noch weitere 1320 Menschen hineingepfercht worden.

Zum Konkurs Ang. Busch wird dem „Hann. Cour." geschrieben, daß die Passiven sich noch auf weit über 300 000 Mk. belaufen. Spekulationen in Kaffee sollen den Ruin herbeigeführt haben.

Arbeiterrisiko. Auf dem Rangirbahnhofe wurde am Montag früh dem Arbeiter Grell, wohnhaft Emilienstraße 8, der Eisenb.-Ztg." zufolge beide Füße abgefahren. Er erlag seinen schweren Verletzungen auf dem Transporte nach dem katholischen Krankenhause. Er hinterläßt Frau und Kind. — Wie uns von anderer Seite mitgetheilt wird, war Grell bei der Firma Ph. Holzmann als Heizer beschäftigt und ist beim Lowry transport auf bisher unaufgeklärte Weise unter die Räder gerathen.

Zum Maschinenmeister des Elektrizitätswerks ist der bisherige Maschinist J. H. Neddermeier ernannt worden.

An Staatssteuern und Abgaben liefen im November ds. Js. ein: Einkommensteuer 351 354,52 Mk., Eisenbahnsteuer —, Erbschaftssteuer 15 614,— Mk., Veräußerungsabgabe 10 279,17 Mk., Stempelabgaben 7 665 40 Mk., Schiffsabgaben 43 572,21 Mk., insgesammt 428 485,30 Mark, oder 18 843,04 Mk. mehr, als im November des Vorjahres.

In das Handelsregister ist am 5. Dezember 1900 eingetragen: bei der Firma „B. Perl": Die Firma ist erloschen.

Hufum. An der Stadtverordnetenwahl betheiligten sich am Montag unsere Genossen zum ersten Male. Der Kandidat, Schriftsetzer Striepe, erhielt 36 Stimmen, während sein Gegner, ein Drechslermeister, mit 197 Stimmen gewählt wurde. Die Agitation unserer Leute hatte eine Vervierfachung der Wahlbetheiligung verursacht!

Malchin. Der Landtag stimmte dem Vorschlage der Regierung zu, den Betrieb der Dampffähre Warnemünde-Gjedser spätestens am 1. Oktober 1904 zu eröffnen.

Güstrow. Preßprozeß. Am Dienstag stand hier gegen den Redakteur des „Vorwärts", Paul John, und den Redakteur der „Mecklenburger Volks-Zeitung", Julius Schmidt, eine Anklage wegen Beleidigung des Güstrower Schwurgerichts und des ersten Staatsanwalts zur Verhandlung. Die Beleidigung sollte begangen sein durch die Kritik des gegen den Händler Holst am 17. März in Güstrow gefällten Urtheils wegen Meineides. In beiden Zeitungen war die Anschauung vertreten, daß hier ein Justizirthum vorgelegen habe und Holst zu Unrecht verurtheilt sei. Zudem entbehrte die Verhandlung damals nicht eines politischen Hintergrundes. In der Verhandlung brachte die Beweisaufnahme einige sehr interessante Momente, die Verhandlung währte von 9 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends. Das am Donnerstag gefällte Urtheil lautete äußerst milde. Schmidt wurde zu 250 Mk., John zu 100 Mk. Geldstrafe, beide zu den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. Wie uns ein Privatschreiben meldet, ist der Prozeß in seinem Ergebnisse geeignet, ein volles Licht auf die Leitung des Meineidsprozesses in parteipolitischer Beziehung zu werfen. Als Vertheidiger fungirten die Reichstagsabgeordneten Dr. Herzfeld und Heine. Sobald der Bericht unseres Rostocker Parteiorgans vorliegt, werden wir die Verhandlungen eingehend schildern.

Briefkasten.

T. G. Ihre Anfrage, ob Doppelversicherung bei Krankenkassen zulässig, ist dahin zu beantworten: Ein Versicherungspflichtiger kann nicht gleichzeitig zwei Zwangskassen oder einer Zwangskasse und der Gemeindekrankenversicherung angehören. Wohl aber kann er einer Zwangskasse oder der Gemeindekrankenversicherung und einer oder mehrerer freien Hilfskassen angehören. Jedoch ist solchen Doppelversicherten das Krankengeld soweit zu kürzen, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengeld den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tagelohnes übersteigen würde. Das Statut der Zwangskasse kann diese Kürzung ganz oder theilweise ausschließen. Im Kassenstatut kann auch die Verpflichtung der Kassenmitglieder ausgesprochen werden, andere Versicherungsverhältnisse, aus denen ihnen ein Anspruch auf Krankenunterstützung zusteht, binnen einer Woche nach Eintritt in die Kasse, und, wenn die Versicherungen später abgeschlossen werden, binnen einer Woche nach dem Abschlusse dem Kassenvorstand anzuzeigen. (Stadthagen, „Das Arbeiterrecht", Seite 292).

K. D. Nein. Da Sie aber jedenfalls Mitglied des Sanitätsverbandes sind, so wäre sofortige Beschwerde bei dem Vorstande desselben angebracht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber in dem Sinne keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Allen Denen, die unserem lieben **Paul** die letzte Ehre erwiesen, sowie für die reichen Kranzspenden, insbesondere dem Herrn Pastor Becker für seine trostreichen Worte sagen wir unsern innigsten Dank.

Karl Deutsch und Frau.

Unserm Schlafkollegen und Freund **Harry Scheel** zu seinem Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Frau **Anna Petersen** zu ihrem heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche.

C. W. u. Fr.

Logis zu vermiethen
Glockengießerstraße 16.

Gesucht ein Knecht beim Gärtner.
Zu erfragen Königstraße 52.

Zu sofort u. 1. Januar Wohnungen
von 185—195 Mk. Näheres in der Exped. d. Bl.

Kinderlose Eheleute wünschen e. Mädchen von 8—10 Jahren in Kost und Pflege zu nehmen.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Weiße Pfauen- u. andere Rassetauben
zu verkaufen Sedanstraße 10.

2000 Mark zu 6 pCt. zu sofort gesucht, genügende Sicherheit vorhanden. Off. u. **S S 65** an die Exped. d. Bl.

Ein echter Rasse-Hund
sehr billig zu verkaufen Engelsgrube 77/8.

Leere Farbetonnen
hat abzugeben
Friedr. Meyer & Co.

Verloren am Freitag Abend in der Hüxstraße eine Kiepe mit Wäsche. Bitte abzugeben Wakenitzmauer 72.

Gefunden am Mittwoch auf dem Burgfeld ein **Hut.** Abzuholen gegen Insertionskosten Hüxterthor-Allee 21/4.

Die Frau im grauen Mantel, welche am Sonnabend Abend bei Herrn Göike, Hüxstraße, die Stuhlsitze mitgenommen hat, wird ersucht, dieselben da wieder abzugeben, ev. weitere Schritte geth. w.

Derjenige, der meinen kleinen Wagen vom Hofe Schwartauer Chaussee 24 gestohlen hat, wird ersucht, denselben bis zum 10. d. M. wieder dahinzubringen, ev. er polizeilich abgeholt wird.

F. Prahl.

Die blinde Johanna Möller
bittet um Arbeit im Rohrstuhlflechten.
Böttcherstraße 27.

Weine und Spirituosen
nur preiswerthester, empfiehlt
Ad. Jührs, Schwartauer Allee 33.

Prima Kuchensyrup, bestes Weizenmehl, Mandeln, Succade, sämmtl. Gewürze, Gerstgrütze, Hafergrütze, Rinderdärme, Essig, Corinthen, Rosinen, Töpfe, Fässer u. s. w.
empfiehlt billigst
Rud. Kracht, Katzb. Allee 40.

C. Evers' Pfeffernüsse sind vorzüglich.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.
—— Fernsprecher 161. ——
Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten
Lager- und Tafelbiere
in bekannter Güte, sowie unser
Kapuzinerbräu
welches nach **Münchener Art,** ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

An die grosse Zahl der Lungenkranken
wendet sich eine Broschüre, welche Herr Ernst Weidemann in Liebenburg a. H. geschrieben hat. Der Verfasser stellt in dieser Schrift eine große Reihe von ärztlichen Urtheilen und Aussprüchen von geheilten und gebesserten kranken Lungenleidenden zusammen, welche sich auf die Erfolge beziehen, die in der Behandlung dieser Krankheiten mit dem russischen Knöterichthee gemacht worden sind. Auch der skeptische Leser gewinnt aus dem reichen Material, das hier vorgeführt wird, die Ueberzeugung, daß in dem russischen Knöterich (Polygonum avic) thatsächlich ein Mittel gegeben ist, welches nicht nur bei den leichteren Erkrankungen der Luftwege, bei Katarrhen, Heiserkeit, Athemnoth 2c. lindernd wirkt, sondern welches selbst bei verschiedenen Lungenkrankheiten überraschende Erfolge gezeitigt hat. Jedenfalls verdient die Schrift, die gern gratis und franco abgegeben wird, die eingehende Beachtung aller derer, die im Volke aufklärend wirken können, namentlich also von Erziehern, Geistlichen und Lehrern 2c. Um der leidenden Menschheit den Bezug des wirklich echten Knöterichthees zu ermöglichen, versendet Ernst Weidemann diesen selbst. Jedes von ihm herrührende Packet kostet 1 Mark, trägt als Garantie der Echtheit die Buchstaben E. W in der Schutzmarke, so daß sich jeder vor werthlosen Nachahmungen schützen kann und wolle man jedes Packet ohne den Namen E. Weidemann zurückweisen. Um im Publikum Vertrauen zu erwecken, haben sich auch Nachahmer gefunden, welche die Weidemann'sche Broschüre theilweise abgedruckt haben (!) und damit ihren angeblich russischen Knöterich in den Handel bringen wollen.

Achtung Arbeiter-Gesangvereine!
(Maurer, Zimmerer, Tabakarbeiter, Maler, Freiheit, Einigkeit, Luba.)
Die Herren Sänger der genannten Verbände und Vereine werden freundlichst gebeten, zu einer am Freitag den 7. December dss. Js., Abends 8½ Uhr, im Vereinshaus, Zimmer Nr. 1, stattfindenden Sänger-Versammlung wegen einer wichtigen Angelegenheit zu erscheinen.
Die Obmänner.

Auf Abzahlung
Ganze Möbelausstattungen
auch einzelne Mobilien.
H. Prüssmann & Sohn
Lübeck, Marlesgrube 23.

M. 50 Belohnung
zahlen wir Demjenigen, der uns Auskunft geben kann über die Person, welche am Montag Abend ungefähr 7¼ Uhr unweit der Holstenbrücke eines unserer Pferde schwer verletzt hat.
Spethmann & Fischer.

Hülsenfrüchte!
Pa. gelbe u. grüne Kocherbsen, Ia. weisse Bohnen
empfiehlt
H. Theophile
Fleischhauerstraße 89, Ecke St. Johannis

Empfehle:
Prima Rind-, Schweine-, Hammel- und Kalbfleisch
zu den billigsten Tagespreisen.
F. Block, Ludwigstraße 37,
und Marthallenstand 34 und 35.

empfehle:
Rinderdärme, Gerstengrütze, sämmtlich. Gewürze, Essig, sehr schöne Kübel zum Salzen, sowie sämmtliche Colonialwaaren.
August Vietig, Fischergrube 43/45,
Eckhaus Kupferschmiedestr. Fernsprecher 1026.

Lau'schen Kuchensyrup
Weizenmehl 00
Succade, Pomeranzenschale
Hirschhornsalz, ger. Pottasche
Rosenwasser, Mandeln
sowie sämmtliche Gewürze
empfiehlt
Ludw. Welcher
Langereihe 2a.

Puppenwagen
Puppensportwagen
in allen Preislagen.
H. Gröper, Mengstr. 18.

Zur Erinnerung!
Das Pellkartoffel-Essen
findet
heute Donnerstag den 6., Abends
in
„Stadt Schleswig",
Hundestraße 14, statt,
wozu besonders einladet
J. C. B. Schmehl.

Circus Variété
Heute Freitag.
Auf vielseitiges Verlangen:
Auftreten von
Heinr. Kalnberg
mit seinen bewährtesten Coupletvorträgen.
Dazu:
Der Fesselkönig
und das brillante neue December-Programm.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Nur kurze Zeit.
Vom 10. bis 24. December finden keine Vorstellungen statt.

Stadt-Theater.
Freitag den 7 December.
51 Abonnements-Vorstellung 10. Freitags-Ab.
Mamzelle Nitouche.
Sonnabend den 8. December.
Volks- und Schüler-Vorstellung bei kleinen Preisen.
Maria Stuart.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 285. Freitag den 7. Dezember 1900. 7. Jahrgang.

Auge und Licht.

Von Dr med. John Burlar.

Wenn sich auch schon seit den Urzeiten die Lebensbedingungen des Menschen in fortschreitender Entwickelung befinden, so gingen diese Veränderungen doch bisher in so langsamem Tempo vor sich, daß der Mensch vermöge seiner Anpassungsfähigkeit sich den Anforderungen neuer Verhältnisse gegenüber gewachsen zeigte.

Anders in unserer Zeit! Man kann es getrost behaupten, daß sie in einem Jahre rapidere Entwicklung nimmt als früher in Jahrhunderten. Wenn aber der Mensch und seine Organe den Siebenmeilenschritten der Neugestaltung der Lebensverhältnisse nicht folgen können, so bringt doch derselbe Fortschritt, der unsere Lebensbedingungen so complizirt, auch die künstlichen Mittel hervor, die mannigfachen Schädigungen zu heilen.

Von den Organen, die besonders durch die neuen Anforderungen beeinträchtigt werden, ist nächst dem Gehirn und dem Nervensystem das Auge zu nennen. Vor 100 Jahren gab es in Deutschland kaum 5 Prozent des Schreibens und Lesens Kundige, heute giebt es kaum ein halb Prozent Analphabeten. Wäre überhaupt heute Jemand den Anforderungen des Lebens gewachsen ohne die Kenntniß des Lesens? Andererseits aber bleiben die Schädigungen auch nicht aus.

Prof. Hermann Cohn in Breslau hat in zahlreichen Untersuchungen den Einfluß des Studirens auf das Auge zu bestimmen gesucht. Er hat dabei konstatiren können, daß in Dorfschulen 1,4 Prozent Kurzsichtige waren, in Elementarschulen 6,7 Prozent, in Mittelschulen 10,3 Prozent; in Gymnasien aber 26,2 Prozent. Ebenso interessant ist die Feststellung, daß die Kurzsichtigkeit von Klasse zu Klasse steigt; so zwar, daß z. B. in der höchsten Gymnasialklasse 50 Prozent aller Schüler kurzsichtig waren.

Bei der Gefährlichkeit dieser körperlichen Entartung wurde denn die Forderung ernsthafter Schutzmaßregeln immer dringlicher.

In erster Reihe — so hieß es — müssen die Schulen den Ansprüchen der Hygiene entsprechend gebaut werden; hatte doch die Beobachtung gelehrt, daß in den modernen Schulpalästen die Zahl der Kurzsichtigen abnahm. Und es ist das kein Zufall. Neben neuen Tischen und Schulbänken (Subsellien) kam vorzugsweise die Regulirung der Lichtquellen in Betracht. Es ist gerade nach dieser Richtung in den Großstädten Manches geschehen, wenn auch noch recht viele Wünsche der Aerzte unberücksichtigt geblieben sind.

Aber selbst wenn alle Forderungen der Schulhygiene erfüllt wären, so würde damit erst ein Theil erreicht sein. Denn ebenso werthvoll wie für die Schule sind die Gesetze der Gesundheitslehre für das Haus. Hier vielleicht noch wichtiger, da doch der bei Weitem größere Theil des Tages im Hause zugebracht wird. Wenn man bedenkt, daß wir, zumal an den langen Winterabenden, auf künstliche Beleuchtung angewiesen sind, so wird man die immer wiederkehrenden Ermahnungen der Augendiätetiker, gutes Licht sich zu besorgen, wohl verstehen. Es ist keine Frage, daß das Sonnenlicht allein allen Ansprüchen Genüge leistet. Einmal weil es rein weiß ist, während jeder künstlichen Beleuchtung mehr oder weniger gelbe und rothe Strahlen beigefügt sind. Sodann aber wird das Sonnenlicht durch die atmosphärische Reflexion so gleichmäßig verbreitet, daß die Zerstreuung zur Tageshelle führt, die auch im Schatten zu arbeiten gestattet.

Dem Sonnenlicht kommt in seinen physikalischen Eigenschaften am nächsten das elektrische Licht. Indessen werden wohl noch Jahrzehnte vergehen, bis es allgemein für die künstliche Beleuchtung verwendet werden wird. In einem Punkte freilich besitzt es auch nicht die Eigenschaft idealer Beleuchtung: es blendet. Ebenso werden die übrigen Ansprüche, die an ein gutes Licht zu stellen sind, nicht vollauf erfüllt: es hitzt noch etwas. Die Bogenlampenflamme zuckt noch ein wenig (bei dem Glühlicht indessen ist dieser Fehler beseitigt); freilich die Lichtintensität, die 10 Meterkerzen für den Einzelnen betragen muß, vermag es sehr wohl zu bieten.

Die Beleuchtungsindustrie hat zwar ungeheure Fortschritte gemacht seit den Tagen Goethe's, der da sagte:

„Wüßte nicht, was sie Besseres erfinden könnten,
Als daß die Lichter ohne Putzen brennten."

Allein, wenn sie es auch erreicht hat, daß die Oel- und Gaslampenflammen nicht mehr zucken, gerade die schwerste und gefährlichste Schädlichkeit haben sie nicht ausschalten können: das Hitzen. Durch exakte Versuche ist nämlich festgestellt worden, daß mit der Lichtstrahlung auch Wärmestrahlung verbunden ist. Während beim Sonnenlicht die Wärmestrahlen auf der weiten Reise bis zur Erde großentheils aufgesaugt werden, kommt beim künstlichen Licht viel freie Wärme aus nächster Nähe ins Auge. Die Gefahr kommt eben daher, daß diese Wärmestrahlen von den Augenhäuten und -Organen absorbirt werden. Andererseits blenden die Lampen, wogegen freilich Glocken und matte Cylinder einigen Schutz gewähren.

An Versuchen, die Schädlichkeiten unserer gebräuchlichsten Beleuchtungsmethoden zu beseitigen, hat es nicht gefehlt. Es sei nur an die Anregung erinnert, zwei Cylinder übereinander zu setzen, zwischen denen die erwärmte Luft in die Höhe steigt. Indessen hat sich doch gezeigt, daß hierbei anfänglich zwar die Temperatur um 2 Grad fällt: daß sie aber ansteigt, sobald auch der Außencylinder sich erwärmt hat — was bald geschieht.

Das idealste, praktischste und billigste Instrument, das die Schädigungen der Blendung und der strahlenden Wärme unmöglich machen soll, ist der hygienische Lampenschirm „Augenschutz", den Herr Wolff (einer der Theilhaber der bekannten Optiker-Firma Josef Rodenstock, Berlin u. München) erfunden hat. Wie alle wirklich bedeutenden Erfindungen ist die Vorrichtung von geradezu vorgeschichtlicher Einfachheit. Man kann sie am verständlichsten als einen doppelten Lampenschirm erklären, zwischen dessen beiden Theilen ein freier Raum ist, um der erhitzten Luft den Durchzug nach oben zu gestatten. Zu diesem Zwecke sind sowohl unten wie oben in der Verbindung des inneren mit dem äußeren Schirme Luftlöcher frei gelassen.

Von augenärztlicher Seite ist dem Wolff'schen Schirm große Anerkennung gezollt worden; und ich selbst kann aus eigener Erfahrung bestätigen, daß sogar nach vierstündigem Brennen der Außendeckel des Schirmes kaum erwärmt war. Auch bei andauerndster Arbeit habe ich nie eine Ermüdung in den Augen gespürt, die sonst schon in zwei Stunden sich bei mir bemerkbar macht.

Der Preis des kleinen Apparates ist so niedrig gestellt, daß die Anschaffung selbst dem Aermsten ermöglicht wird. Er ist ungleich billiger als jene direkt schädlichen bunt gefärbten Zylinder- und Lampenglocken, die die künstliche Beleuchtung dem Ideal allen Lichtes, der Sonne, noch mehr unähnlicher machen. Haben wir doch gesehen, daß die reiz- und ermüdungswidrige und daher so wohlthätige Eigenart des Sonnenlichtes gerade in dem Fehlen aller gelben und rothen Strahlen besteht.

Zum Schluß seien noch einige wichtige Regeln betont. Zunächst stelle man die Lampe so auf, daß sie zur Linken des Arbeitenden sich befindet. Die Forderung leitet sich davon her, daß z. B. der Schatten einer schreibenden Hand nicht auf die Schreibfläche fällt, sondern nach rechts. Würde die Lichtquelle aber rechter Hand stehen, so würde die Schreibfläche theilweise beschattet.

Ferner muß die Arbeitslampe einen nicht zu niedrigen Fuß haben, damit das Licht von oben her einfalle. Es empfiehlt sich auch, den Lampenfuß in dunkler Farbe zu wählen, um die Einflüsse des falschen Lichtes zu schwächen. „Falsches Licht" nennen wir jenes, das bei Einstellung des Auges auf einen bestimmten Gegenstand gleichzeitig von anderen Punkten aus die Netzhaut trifft.

So kleinlich jede einzelne Maßnahme vorerst auch erscheint, sie wird bedeutsam, wenn sie vereint mit anderen angewandt wird. Wie die Schädigungen der heutigen Kultur-Entwicklung nicht plötzlich und überraschend sich fühlbar machen, sondern allmählig und kaum merkbar, bis sie in nie rastender Minirarbeit in Jahren, oft erst in Jahrzehnten Geist und Körper untergraben, so erkennt man die heilsamen Reaktionen unserer hygienischen Maßregeln auch nicht von heut auf morgen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Am Sonnabend wurden 36 Maurer auf dem Kasernenbau in Neu-Ruppin, Unternehmer Bäthge aus Spandau, wegen Lohndifferenzen ausständig. Die Betreffenden forderten 45 Pfg. Stundenlohn, ein Lohn, der schon im vergangenen Winter auf denselben Bauten von einem anderen Unternehmer aus Spandau gezahlt wurde. — In den Panther-Fahrradwerken zu Magdeburg sind Differenzen entstanden. Den Arbeitern ist angekündigt worden, wenn der 10prozentige Lohnabzug abgelehnt würde, soll die Fabrik geschlossen werden. — Die Korbmacher der Kugelkorbbranche in Berlin haben in einer Versammlung beschlossen, in allen Werkstätten, wo nicht mindestens 2 Mk. Stücklohn pro Korb bezahlt werden, die Arbeit einzustellen. Die Ausständigen werden vom Verband unterstützt. Ueber zwei Firmen ist bereits die Sperre verhängt. — Der Akkordtarif der Glasschleifer Berlins, der von der Lohnkommission dem Arbeitgeberverband zur Annahme vorgelegt wurde, ist von diesem bisher noch nicht beantwortet worden. Nach Mittheilung der Kommission soll keine Neigung zur Anerkennung vorhanden sein. — Unter den Mechanikern, Optikern und Uhrmachern Berlins wird zu einer Lohnbewegung gerüstet. Es handelt sich in der Hauptsache um Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung von Ueberzeitarbeit und Festlegung bestimmter Minimalakkordtarife.

Der Buchbinder-Verband nimmt gegenwärtig Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Buchbindergewerbe vor.

Zur gesetzlichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen haben die Glasarbeiter beschlossen, an den Bundesrath eine Petition abzusenden, in welcher folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Verbot der Sonntagsarbeit in allen Glasbetrieben dergestalt, daß spätestens in der Zeit von Sonnabend Nacht um 12 Uhr bis Montag früh 6 Uhr nicht gearbeitet werden darf. Ausgenommen sind diejenigen Arbeiten, welche zur Instandhaltung der Oefen in heißem Zustande und zur Schmelze des Glases während dieser Zeit unbedingt erforderlich sind. Den Bedienungsmannschaften der Glasöfen: Schmelzer, Schürer und Gemenger, welche an einem Sonntage ihre Funktionen ausgeführt haben, ist an den darauf folgenden Wochentagen eine Ruhezeit von mindestens 30 Stunden zu gewähren. 2. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter männlichen Geschlechts unter 14 Jahren auch in den Glashütten, analog der Bestimmung unter 1, Ziffer 2 der Verordnung des Bundesraths vom 11. März 1892.

Der Ortsverein des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Halle a. S. hat in seiner letzten Mitgliederversammlung beschlossen, sich wieder an das Gewerkschaftskartell anzuschließen. Gleichzeitig wählte man die Delegirten zum Gewerkschaftskartell. Die Differenzpunkte, die zwischen der übrigen Arbeiterschaft und den Verbandsbuchdruckern in Halle bestehen und bestanden haben, dürften durch diesen Beschluß eine weitere Herabminderung erfahren.

Die Hungerstrafe. In Erlangen haben die Buchbinder vor einiger Zeit mehrere bescheidene Forderungen durchgesetzt, die die Unternehmer im Hinblick auf die Ge-

Die Rivalinnen.

Roman von E. Labarrière.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Während der Beifallsalven reichte ihm Herr Hentkiß ein Programm und zeigte mit dem Finger auf das Wort „Zwischenakt", worunter sein Name in rother Farbe gedruckt stand.

„Sie sind nun bald an der Reihe", sagte er. „Ich spare meinen Beifall für Sie auf. Er muß so gewaltig sein, daß man meint, die Decke stürze ein. Man hat Ihnen einen guten Platz eingeräumt. Während des Zwischenaktes hat man sich wieder gestärkt. Von dem Büffet bringt man ein geneigtes Ohr mit. Was ich Sie fragen wollte, wie lange soll Ihre Rezitation dauern?"

„Eine halbe bis dreiviertel Stunde."

„Dreiviertel Stunde, das ist zu lang . . . Eine halbe Stunde ist schon viel . . . Kürzen Sie, kürzen Sie! Je kürzer Sie sich fassen, desto mehr werden Sie gefallen . . ."

„Aber . . ."

„Was liegt Ihnen daran! Man wird Ihnen für Ihre Bescheidenheit dankbar sein. Alle Leute, die Sie hier sehen, sind weder wegen der Musik, noch wegen der Poesie hier. Die Frauen kommen wegen ihrer Toilette, aus Gewohnheit, aus Langeweile, weil es Mode ist. Was die Männer anbelangt . . . Kommen Sie mit. Sie versäumen zwar die hübsche Barurrolle von Saint-Siens, aber Sie werden Ihre Rechnung bei dem Opfer finden."

Zwei Schritte von ihnen besprachen drei wohlbeleibte Herren den letzten Senatsbeschluß. Ihr gedämpftes Gespräch klang, als ob drei Bienen summten.

„Wenn ich der Präsident wäre, ich würde einfach den Knoten durchhauen!"

„Dann wäre eine Krise da, — und was dann?"

Eine andere Gruppe an der großen Glasthüre unterhielt sich eifrigst über Rio-Colorado-Aktien.

„Ende dieses Monats werden sie über pari stehen."

Etwas weiter entfernt sprach man von einem Toast des Prinzen Corescо im großen Club; dort suchte Doktor Objokoff Jemanden für den Magnetismus zu gewinnen; der peruanische General erklärte ein neues Gewehrsystem. Im Saale herrschte trotzdem die größte Stille. Der gute Ton hielt die Stimmen im Zaume, zauberte auf alle Gesichter die Maske vollster Aufmerksamkeit.

Einige Dillettanten schlugen sogar den Takt — wenn auch falsch. In Wirklichkeit hörte Niemand zu, — was aber nicht verhinderte, daß am Schluß der Cadenz lebhafter, von zart behandschuhten Händen gespendeter Beifall rauschte, daß man Ah's und Oh's hörte, die eine überströmende Bewunderung den schönen Lippen zu entreißen schien. Julien's Illusionen bezüglich dessen, was er als ein Elite-Publikum betrachtete, erlitten einen empfindlichen Stoß. Diese Leute sollten richten dürfen! Das waren ja höchstens Claqueure. Noch vor einer Stunde hatte er sich durch seine Beobachtungen abgestoßen gefühlt und unter denselben gelitten, denn er hatte für sein großes Werk ein ernstes Publikum gewünscht. Jetzt war es ihm fast gleichgültig, so sehr war er damit beschäftigt, in den Nebel einzudringen. Er ließ Herrn Hentkiß, der in eine sehr lebhafte Unterhaltung mit einem Herrn aus der Finanzgruppe verwickelt war, stehen und schlich sich in den havannabraunen Salon. Madame Watson war nicht mehr dort. Der Sessel, auf dem sie gesessen, stand noch wie ein Thron inmitten des Salons. Julien ließ sich darauf nieder und versank in tiefe Träume. Eine Wand von schwarzen Fräcken, die sich vor dem Eingang hinzog, schützte ihn in seiner Einsamkeit. Plötzlich gerieth diese dunkle Mauer in Bewegung und verschwand. Die Zwischenpause war da. Von dem Strom mitgerissen, sah sich Julien plötzlich an eines der aufgestellten Buffets gedrängt. Die Furcht begann, ihn an der Kehle zu packen. Um sich ein wenig Muth zu machen, trank er zwei Gläser Champagner hintereinander aus. Als er sich umdrehte, kam ihm ein junger Diplomat entgegen, der den Regisseur spielte und ihn frug, ob er bereit sei.

„In fünf Minuten wird geklingelt, mein Herr, wenn Sie die Güte haben wollten . . ."

„Ich folge Ihnen", sagte Julien.

Er wandelte wie in einem wachen Traume. Der Weg, den er zurücklegte, erschien ihm von einer ungeheuren Länge, die Hitze erstickend, die Luft von einer unerträglichen Schwere. Nachdem er maschinenmäßig fünf oder sechs Stufen emporgestiegen war, fand er sich plötzlich auf der Estrade, vor einem Tisch, auf welchem sein Manuskript bereits geöffnet dalag. Fast Alles war schon wieder im Saale, nur einige Nachzügler beeilten sich noch, ihre Plätze wieder einzunehmen. Man hörte Schleppen auf dem Teppich streifen, da und dort ein trocknes Husten, das Geräusch eines Stuhles, den man zurechtrückte, dann wurde es stille. Julien fühlte sich jetzt vollkommen ruhig, Herr seiner Bewegungen und seiner Stimme; es war jener Rückschlag eingetreten, der oft auf lang andauernde Bangigkeit im Moment der Entscheidung erfolgt. Er ließ seinen Blick, der Frau Watson suchte, ruhig über die Versammlung streifen. Er bemerkte sie endlich in der ersten Reihe, gerade vor ihm. Von da an sah er nur noch sie, nur noch ihre zwei großen Augen, die ihn ermuthigend und voll Verheißung anblickten. Für sie allein las er sein Werk, für sie allein verlieh er seiner Stimme den süßen Schmelz, den schmeichelnden Wohllaut, in denen ein ganzes Geständniß lag, welches vom Publikum unbewußt empfunden und mit Beifall belohnt wurde.

Hatten schon seine elegante Erscheinung, seine hübsche Figur ihm gleich die Sympathie der Frauen gesichert, so vollendete seine glühende, warme, schwungvolle Deklamation die Eroberung. Die Männer wurden von den Frauen mit fortgerissen. Es war ein voller Triumph und als Julien

schäftslage bewilligen mußten. Die Strafe für dieses verbrecherische Unterfangen schoben sie für später auf, und jetzt, nach dem Eintritt der ruhigen Geschäftszeit, halten sie die günstige Gelegenheit für gekommen, um Vergeltung zu üben. Den Arbeitern soll die Begehrlichkeit durch den Hunger ausgetrieben werden. Sämmtliche Inhaber von Buchbindereien haben sich durch Kontrakte verpflichtet, keinen Arbeiter, der aus einem Betriebe entlassen wurde oder freiwillig ausgetreten ist, vor Ablauf eines halben Jahres in einem anderen Betriebe wieder einzustellen. Auf diese Weise will man mißliebige Arbeiter oder solche, die ihre Stellung verändern wollen, mit einer halbjährigen Hungerkur bestrafen. Ob aber der schöne Zweck erreicht wird, steht noch in Frage, denn die Arbeiter haben auch eine Organisation, die derartigen Scharfmacherkünsten zu begegnen wissen wird.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Das Schwurgericht in Dortmund verurtheilte den Bergmann Wroblewsky aus Hombruch wegen Ermordung seiner Frau und seines Töchterchens zum Tode, und wegen versuchter Ermordung zweier Söhne zu je 15 Jahren Zuchthaus. — Bei dem Bau einer elektrischen Zentrale für die Krupp'sche Fabrik in Essen stürzte Ingenieur Tobeler (Bochum) und Monteur Brandsmüller (Essen) ab. Tobeler ist todt, des Monteur schwer verwundet. — Durch das Platzen eines Dampfrohrs wurden Dienstag Mittag in der Dampfbuchdruckerei von Barthel in der Hospitalstraße zu Leipzig fünf Arbeiter schwer verletzt. — Wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an seinem Dienstmädchen, wurde der Baumeister J. N. Meier in Nürnberg vom Schwurgericht zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt und sofort verhaftet. Der Prozeß dürfte noch ein Nachspiel haben, da verschiedene Zeugenbeeinflussungen vorgekommen sind. — Das Schwurgericht in München verurtheilte die Gütlersfrau Rosine Held aus Gmain bei Rettenbach zu 10 Jahren Zuchthaus wegen Gattenmordes. Sie hat ihren Mann, mit dem sie in Unfrieden lebte, erwürgt, als er eines Sonntags aus dem Wirthshaus heimkehrte und mit ihr in Streit gerieth. Ihre achtzehnjährige Tochter, welche der Mutter beistand, erhielt drei Jahre Gefängniß. — Durch die bayerischen Blätter geht folgende Notiz: „In Eggenfelden in Niederbayern hat ein Bürger den Auftrag erhalten, dafür Sorge zu tragen, daß die ihm gehörigen acht Wochen alten jungen Hunde, die sich in einem mit Latten eingezäumten Garten befinden, nicht mehr an der Hündin trinken, da dieses „das Sittlichkeitsgefühl verletze und die Jugend verderbe.““ Eine Zeitung nennt dies ein „Narrenstück vor dem Fasching“. Man könnte wohl auch sagen, die Lex Heinze sei auf den Hund gekommen. — In der Garnison Neu-Ulm ist der Typhus ausgebrochen. Ein Todesfall ist vorgekommen. Fünf Kranke sind isolirt. — Man berichtet aus Genf: Ein Arbeiter, der das Dach eines Bahnhofs in der Nähe von Interlaken ausbesserte, glitt aus, und wollte, da er sich nicht halten konnte, auf die Schienen hinabspringen. In diesem Augenblick kam aber gerade ein Schnellzug vorbei, und der Arbeiter landete auf dem Dach eines Wagens, auf dem er sich verzweifelt festklammerte. In dieser Lage wurde er bis zur nächsten, vier Meilen entfernten Station gebracht, ehe der Zug anhielt. Hier konnte der Unglückliche, der zwar stark durchgeschüttelt, aber nicht ernstlich verletzt war, von dem Dach herabsteigen. — Zu der Ueberschwemmung in Rom wird weiter mitgetheilt: Montag Abend um 9 Uhr versank plötzlich der von der Tiber unterwaschene Quai auf der Seite des Stadttheiles Trastevere von der Cestiusbrücke bis zur Garibaldibrücke. Die Quaimauern neigen sich vornüber in den Strom, die Quaistraße ist verschwunden, Die anliegenden Häuser mußten mitten in der Nacht geräumt werden, da die Gefahr weiterer Katastrophen nicht ausgeschlossen ist. Kurz vor 11 Uhr am Dienstag Vormittag stürzten weitere Theile der Quaimauern in den Tiber. Die Cestiusbrücke selbst zeigt tiefe Sprünge. Zerrissen und schwer gefährdet ist auch die Fortsetzung des Quais bis zum pons sublicius am alten Vestatempel. Die Mauern senken sich so rasch, daß sie noch vor Abend voraussichtlich gleichfalls in den Strom stürzen werden. Von der Garibaldibrücke an ist das ganze rechte Flußufer vom Militär abgesperrt. Mittags begab sich der König nach dem Ort der Katastrophe. Zum Glück ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen. — Ein heftiger Sturm, der zahlreiche Unfälle verursachte, herrschte in der Nacht zum Sonntag in Konstantinopel und Umgegend. Eine Anzahl Segelschiffe und Barken sowie ein türkischer und ein griechischer Dampfer sind gescheitert. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. In den Vorstädten Yenikapu und Kumkapu stürzten mehrere Häuser ein. Eine Anzahl Personen wurde verschüttet, jedoch sämmtlich gerettet. — In Kopenhagen starb der Hauptmann a. D. C. F. Sarauw, der in den 80er Jahren in Deutschland als französischer Spion verhaftet wurde und s. Z. viel von sich reden machte. Er trat, nachdem er schon 1881 seinen Abschied als dänischer Offizier erhalten hatte, als französischer Spion in Deutschland auf, wurde aber schon 1885 verhaftet und zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt, nach Verbüßung zweier Jahre jedoch begnadigt. — In Baltimore wurde der Farbige Robert Burnside wegen Rassenmischung zu achtzehn Monaten Gefängniß verurtheilt. Burnside hatte sich mit dem weißen Mädchen Lena Holtgreve, der Tochter seines Arbeigebers verheirathet. Bald nach der Trauung wurde er sammt seiner jungen Ehefrau, die übrigens behauptet, durch Drohungen zu der Heirath gezwungen worden zu sein, verhaftet. Brunside kam mit der geringsten gesetzlich zulässigen Strafe davon. Rassenmischung kann in Amerika nämlich mit einer Zuchthausstrafe von 18 Monaten bis zu 10 Jahren geahndet werden.

Militärjustiz. Soldatenmißhandlung und -Beleidigung wurde dem 1876 in Sorau geborenen Unteroffizier der 10. Kompagnie des Grenadier-Regiments Nr. 100 in Dresden, Paul Richard Hentzschel, zur Last gelegt. Derselbe wurde für schuldig befunden, am 7. November einen Soldaten Reichelt auf dem Schlafsaal der genannten Kompagnie, wo er mit anderen beim Einziehen von Decken beschäftigt war, unter Schimpfworten, wie Hund usw., mit der Faust ins Gesicht und mit einem Schlüsselbunde gegen die Brust geschlagen zu haben. Das Gericht der 1. Division verurtheilte Hentzschel deshalb zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängniß. In gleicher Sache mußte sich der Unteroffizier Albert Franz Kallert vom Pionierbataillon verantworten. Derselbe hatte am 11. November einem Pionier ein paar Ohrfeigen gegeben, weil sich derselbe im Gespräch mit anderen zu Angehör des Unteroffiziers, welcher Katholik ist, ungehörig über die katholische Beichte aussprach. Hierdurch soll der Soldat Kallerts religiöses Gefühl beleidigt haben. Das Gericht sah diesen Einwand als beachtlich an, und Kallert erhielt 2 Wochen einfachen Arrest.

Ein Verbrechen, welches in der Strafrechtspflege glücklicher Weise zu den Seltenheiten gehört, sühnte Sonnabend die Strafkammer des Landgerichts zu Dortmund mit der für diesen Fall gesetzlich höchst zulässigen Strafe. Im Jahre 1897 brachte der Arbeiter Kleinewiese von Soest seinen Schwiegervater, den Handelsmann Schlechter zur Anzeige, weil dieser an seiner (Kl.'s) Tochter ein schweres Sittlichkeitsverbrechen begangen haben sollte. Auf Grund der Aussage des damals 11 Jahre alten Mädchens verurtheilte das Landgericht in Dortmund den Schlechter auch zu 18 Manaten Gefängniß. Im April d. J., als das Mädchen zum ersten Male zur Kommunion gehen sollte, begab es sich, von Gewissensbissen gepeinigt, zu seinem geistlichen Religionslehrer, und theilte demselben mit, daß der Großvater zu Unrecht verurtheilt sei und unschuldig im Gefängnisse sitze, es (das Mädchen) habe damals so aussagen müssen, weil es der Vater so hätte haben wollen. Dem Rathe des Geistlichen folgend, begab sich das Mädchen sofort zur Polizei, um das geschehene Unrecht wieder gut zu machen, gab aber auch gleichzeitig an, nicht der Großvater, sondern der Vater selbst habe an ihr fortgesetzt schwere Verbrechen begangen. Sofort wurde der im Gefängniß zu Münster sitzende alte Mann durch richterliche Verfügung entlassen, er war aber körperlich so gebrochen, daß er bereits nach zwei Tagen starb. Kleinewiese und dessen Ehefrau wurden nunmehr zur Haft gebracht. Wie die Untersuchung ergab, hatte Kleinewiese seinen Schwiegervater fälschlich denunzirt, um in den Besitz einer Summe von 380 Mark zu gelangen, welche der letztere in seiner Wohnung sorgfältig aufbewahrte. Um diesen Diebstahl wußte Frau Kleinewiese, sie bedrohte ihre Tochter aber auch in der unerhörtesten Weise und nöthigte das Mädchen, ihre Angaben bei der Polizei zu widerrufen. In der Sitzung am Sonnabend gab das Mädchen der Wahrheit die Ehre. Das Gericht verurtheilte Kleinewiese wegen wissentlich falscher Anschuldigung in Anbetracht des traurigen Erfolges zu der höchsten gesetzlich zulässigen Strafe von 5 Jahren Gefängniß, wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit wurde auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren erkannt, die Ehrenrechte wurden ihm auf 10 Jahre aberkannt. Frau Kleinewiese erhielt wegen Nöthigung ebenfalls die höchste gesetzlich zulässige Strafe von einem Jahre Gefängniß.

Ministertöchter und Frauenbewegung. Man schreibt der „Frankf. Ztg.“: In dem soeben erschienenen Jahrbuch der „Hilfe“ 1901 (Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg) plaudert in einem Brief zur Frauenfrage Herr H. von Gerlach folgendes Histörchen aus: „Es war zu den Zeiten, als noch Bosse Kultusminister war. Herr Bosse hatte kein Privatvermögen, aber mehrere erwachsene Töchter. Das ist zwar eine Privatangelegenheit, aber immerhin so bekannt, daß man es ohne Indiskretion weiter erzählen kann. Die Tochter waren tüchtige Mädchen, denen Bälle und Bazarvorbereitungen das Leben nicht ganz zur Genüge auszufüllen schienen. So studirte denn die eine auf die Lehrerin, eine zweite auf die Apothekerin los. Der Vater überzeugte sich in der eigenen Familie, daß die Frauen ihre Pflichten als Studirende mindestens ebenso gut erfüllen wie die Männer. Warum ihnen also die gleichen Rechte vorenthalten? Die Sache wurde im Kultusministerium erörtert. Eines schönen Tages las ein vortragender Rath Namens Schmidt — übrigens ein Sohn des Konsistorialpräsidenten — Herrn Bosse eine Verfügung vor, wonach die Frauen zur Immatrikulation zuzulassen seien. Herr Bosse nickte zustimmend. Ganz seine Meinung! Er hatte an der Verfügung nicht das Mindeste auszusetzen, wollte sie nur, da es sich um eine wichtige Sache handelte, auf die Form hin noch einmal gründlich durchlesen. So ließ er sie denn zunächst ununterschrieben auf seinem Schreibtisch liegen. In den nächsten Tagen sollte sie das Licht der Oeffentlichkeit erblicken. Da passirte etwas Unerwartetes. Wie ein Sturmwind kam Professor v. Bergmann angebraust. Er hatte Wind von der Sache bekommen. Wie, darüber wage ich nicht einmal in einem Privatbrief eine Vermuthung zu äußern. Sie wissen, ich bin Jurist. Kurz, Herr von Bergmann war da. Sie haben vielleicht davon gehört, daß der berühmte Gelehrte einige Seiten hat, die weniger angenehm berühren. Jedenfalls gehört die halbe Stunde, die er mit Herrn Bosse zusammen verlebte, nicht gerade zu Bosse's liebsten Minister-Erinnerungen. Herr v. Bergmann drohte mit Demission, „falls man ihm die Frauen aufnöthige“, und wußte durch die Energie seines Widerspruchs dem armen Bosse so zuzusetzen, daß er seine amtliche Meinung über das Frauenstudium änderte. Sie wissen ja, starres Festhalten an dem einmal Beschlossenen gehörte nie zu den Schwächen des liebenswürdigen Mannes. Er ließ sich leicht vom Gegentheil überzeugen. Jedenfalls, wie die Sache auch verlief — ich bin ja nicht dabei gewesen — Thatsache ist, daß die Verfügung ohne Unterschrift blieb. Und da Herrn Bosse's Nachfolger keine erwachsenen Töchter hat, aber ein echter preußischer Bureaukrat alten Schlages ist, so fürchte ich, daß auch Ihr Fräulein Tochter noch sich mit der halben Ehre der Hospitantin wird begnügen müssen.“

Der Schaffner.

Durch schlafende Heiden im Flug
Rollt und rollt durch die Nacht der Zug.
Der Schaffner, der träumt in die Ferne hinaus —
„Ein Stündchen und noch eins, dann bist du zu Haus!“
Zwei Lichter dort vorn — „Der Eilzug so nah?
Nach anderthalb Stündchen denn, und wir sind da!“
Die Lichter, die fernen, sie wachsen heran —
Was sehen sie heute so seltsam ihn an?
Der Schaffner schüttelt den Kopf — „ach Spiel!
Ich trank wohl am Bahnhof ein Gläschen zu viel!“
Die Lichter, sie wachsen, sie blicken den Mann
So funkelnd heute, so tückisch an.
Was fällt ihm auf dran? „Ach, wer weiß — —
Herr Gott . . . wir sind doch . . . im . . rechten Gleis?“
Die Lichter, sie wachsen, sie blitzen den Mann
Wie gierige Raubthieraugen an.
Auf springt er, jetzt pfeift er, ein Sprung, noch ein Schritt —
Da jagt er schon hin über'n Wagentritt
Von Thür zu Thür, weit auf er sie reißt:
„Heraus, heraus! — der Zug entgleist.
Schnell! Schnell! Denn die Gefahr ist groß —
Heraus! Heraus! Zusammenstoß!“
Gepfeif, Gebrems und Angstgestöhn —
Und will denn der Zug noch immer nicht steh'n?
Die Lichter, sie wachsen, sie glühen den Mann
Wie Höllenungeheuer an.
Auf reißt er die letzte Thür mit Macht —
Da donnert schon der Krach durch die Nacht,
Da thürmt sich schon zum Trümmerhauf'
Wagen auf Wagen zerschmettert auf.
Doch einen nur fanden beim Morgenroth
Von allen im Zug sie, den Schaffner nur, todt.

Ferdinand Avenarius.

---

von der Estrade herunterstieg, begleiteten ihn allgemeine Beifallsbezeugungen bis zum Foyer, das sich hinter der Scene befand. Dort erwartete ihn Herr Hentkiß in seinem Ueberzieher, zum Fortgehen bereit.

„Nun? Hat der Tam-Tam genug Lärm gemacht? Sie können sich rühmen, einen großartigen Erfolg errungen zu haben. Adieu, ich muß noch auf die englische Gesandtschaft. Wenn ich Zeit habe, hole ich Sie hier ab . . . Auf Wiedersehen, großer Mann!“

Er eilte fort und ließ Julien im tête à tête mit Madame Watson zurück, die sich eingefunden hatte, um den triumphirenden Dichter zu beglückwünschen. Julien war trunken vor Stolz, vielleicht auch ein wenig vom Champagner. Eine ihm ganz fremde Kühnheit stieg in ihm auf, das Unmögliche reizte ihn. Die einzige Schwierigkeit bestand nur noch in dem Geständniß, das er nicht wagte. Mit welchen Worten sollte er nun so verblümt wie möglich sein Verlangen ausdrücken, wie das richtige Wort finden, um ihre Gnade zu erflehen, ohne zu verletzen?

Auf der Estrade sang die Krauß eine Arie von Massenet; die mächtigen Töne drangen, nur gedämpft durch Sammetvorhänge, welche aus dem Foyer eine Art geschlossenen, geheimnißvollen Zeltes machten, in dieses Liebesasyl. Da die Gesellschaft draußen ihren Fortgang nahm, waren sie vor jedem Unwillkommenen geschützt. Eine günstigere Gelegenheit konnte sich unmöglich wieder bieten. Julien fühlte wohl, daß, wenn er es jetzt nicht wagte, es ihm niemals gelingen würde, und zitternd, weiß wie das Kleid der schönen Amerikanerin, mit brennender Stirne, die Blicke zu Boden senkend, wagte er es. Seine ganze Seele kam über seine Lippen, als er hervorstieß:

„Wenn Sie wüßten, wie ich Sie liebe!“

Er erhielt keine Antwort, aber eine Hand schob ihn sanft vorwärts; eine durch einen Vorhang verdeckte Thüre öffnete sich und schloß sich hinter ihm, ein Riegel wurde vorgeschoben — und er war allein. Mit Schrecken überdachte er jetzt, was er gewagt hatte. Daß Abenteuer gestaltete sich so seltsam, so unwahrscheinlich, daß seine Erregung ihm kaum gestattete, das Gefängniß, in das ihn eine unerklärliche Laune geworfen hatte, näher anzusehen. Bei dem Lichte einer Lampe, welche von einer mit Gold eingelegten Decke herabhing, unterschied er die mit grauem Tuch, worauf Störche und Wasserpflanzen gemalt waren, bekleideten Wände, die nirgends einen Ausgang aufwiesen. Sein Fuß versank in einen dicken, gelblich-weißen Teppich, der weich war wie ein Fell. In einem großen Wandspiegel konnte er sein Bild von Pelüchewolken umrahmt erblicken.

Er wich zurück und sank auf einen breiten, tiefen Divan, der mit einem Bärenpelz bedeckt war, der durch silberne Krallen zurückgehalten wurde. Hier blieb er lange liegen, die Finger in dem weichen Pelze vergrabend, mit gekrümmtem Rücken. Es regte sich nichts; eine tiefe Müdigkeit hatte ihn erfaßt. Jedes Knarren der Holzbekleidung oder des Bodens ließ ihn aufschrecken und heftig erzittern. In dieser Stille, welche so unvermittelt auf den Lärm von draußen folgte, verflog sein vorübergehender Rausch. Er kam langsam wieder zu sich, da er in seiner Jugendlichkeit die Dinge ernsthafter ansah, als sie es verdienten, kam er sich wie ein Elender, fast wie ein Verbrecher vor. Durch seine wahnsinnige Handlung hatte er seine Wohlthäterin verletzt, indem er, einer tollen Aufwallung folgend, einen Blick in so beleidigender Weise gedeutet hatte. Tief beleidigt, hatte Madame Watson ihm die Schande einer öffentlichen Bloßstellung ersparen wollen. Aber wenn die Eingeladenen sich entfernt haben würden, mußte sie kommen, wie eine Göttin erhaben, ihn durch ihre Verachtung vernichten, den unverschämten Menschen hinausjagen, wie er es verdiente. Seine Phantasie malte ihm die Szene in allen Einzelheiten vor. Vergebens suchte er nach einem Mittel, sich die Demüthigung zu ersparen, da fesselte ein Gegenstand, der auf dem Teppich lag, seine Aufmerksamkeit. Das Manuskript der großen Dichtung war ihm aus der Tasche gefallen und zufällig lag die erste Seite offen vor ihm. Es sprang ihm die von liebender Hand unter den Titel gesetzte Dedikation „Fräulein Charlotte Serviere gewidmet“ in die Augen.

Er erröthete, als ob Charlotte selbst als Zeugin seiner Schande und seines Treubruches vor ihn hingetreten wäre.

„Ah,“ sagte er niedergeschlagen, „ich bin noch viel schlechter, als ich es dachte.“

Nur undeutlich vernahm man durch die Wände das Geräusch von draußen, dumpfe Schritte, Rufe, das Rollen von Wagen, das ganze bunte Getriebe, das sich am Schluß eines Festes entfaltet. Es währte eine Ewigkeit. Dann hörte man Thüren zuschlagen — und nun herrschte tiefe Stille.

„Jetzt,“ sagte sich Julien, „heißt es Muth haben.“

Die bevorstehende Demüthigung wollte er wie eine milde Buße hinnehmen. Madame Watson konnte ihn nicht tiefer verachten, als er es selbst that, der sich wohl bewußt war, Mensch ohne Wille, ohne Glauben zu sein, der es nur einem Zufall dankte, daß er am Rand des Treubruches aufgehalten worden war. Ein feiner Geruch von Veilchen durchdrang plötzlich die Luft, eine weiße Gestalt schien sich von der Wand loszulösen und gegen ihn zu bewegen. Er sprang auf und flehte mit erhobenen Händen.

„O Madame, können Sie mir verzeihen?“

Die Lampe erlosch. In der Dunkelheit legten sich zwei weiche, duftende Arme um seinen Hals, während ihm gleichzeitig eine zärtliche, weiche Stimme zumurmelte:

„Großes Kind, was denkst Du!“ (Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.